

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Auflagentypus M. 1,50 pro Quartalsheft. Zu bezahlen durch  
die Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentbehrlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Mayser, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenpart: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die verlängerte Zeit bis über deren Raum 60 Pf.  
Vergnügungsangebote und Arbeitsvermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsangebote 15 Pf.

## Die Kriegserklärung des Arbeitgeber-Schuhverbandes.

Uns hat der Arbeitgeber-Schuhverband endlich seine Fassaden lassen, der 16. Januar hat Klarheit gebracht. Esem Tage sollten auf Einladung des Arbeitgeberverbandes die zentralen Verhandlungen stattfinden. Es stellt sich aber folglich heraus, daß Vorstand des Schuhverbandes gar nicht verhandeln

Er will die Arbeitsbedingungen dictieren und die Arbeitgeber haben widersprüchlich und auch wohl noch mit Abzeugungen das hinzunehmen, was der Arbeitgeber-Schuhverband ihnen gnädigst zu bewilligen geruht. Arbeitgeber-Schuhverband scheint sich sehr stark zu machen, daß er es glaubt wagen zu dürfen, den Holzern einen mageren Brocken hinzuzwerfen mit der Begründung: "Vogel frisch oder stink!" Über so weit wir noch nicht. In vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung haben unsere Vertreter die Zurnutzung des Arbeitgeber-Schuhverbandes zurückgewiesen und dieser hat so die Konsequenzen aus dem abgelehnten Ultimatum zu ziehen: Die neueste Nummer der "Fachzeitung" bringt von Herrn Nahardt unterzeichnete Kriegserklärung des Arbeitgeber-Schuhverbandes. einer Kampfesansage läßt Herr Nahardt einen Bericht über die Verhandlungen vom 16. Januar voraus, auf welche wir noch zurückkommen. Gegenüber der Selbstlosigkeit des Holzarbeiterverbandes in der Formulierung seiner Forderungen röhnt er das weite Entfernen des Schuhverbandes. Für die 62.500 Holzern, die nach seiner Schätzung bei der diesmaligen Tarifbewegung in Betracht kommen, hätte der Schuhverband die nette Summe von 8.877.500 M. an Lohnzulagen in den drei Vertragsjahren bewilligt. So auf diese Art gezählt, ist das allerdings eine ganz respektable Summe, wobei wir voraussetzen, daß die Rechnung an sich korrekt sei. Es ist aber doch ein sehr billiges Vergnügen, Millionenziffern herauszurechnen und die Summe wäre noch viel größer geworden, wenn Herr Nahardt die an der Tarifbewegung beteiligten Holzarbeiter in einige Tausend höher geschätzt hätte. Aber das ist doch eine Zahlenpielerei; an der Tatsache, daß in den einzelnen Arbeiter der Stundenlohn in jedem der drei Vertragsjahre nur um einen Pfennig erhöht wird, ändert diese Millionenzählung nichts.

Das Angebot des Arbeitgeber-Schuhverbandes ist aber unzureichend. Nach den im Wirtschaftsstatistischen Almanach von Richard Galwer aufgestellten Berechnungen, die in der vorigen Nummer besprochen haben, sind die Löhne für die notwendigen Lebensbedürfnisse in den zwei Jahren von 1910 bis 1912 um 16,4 Prozent gestiegen. Im gleichen Verhältnis müßten die Löhne erhöht werden, wenn die Lebenshaltung der Arbeiter auf der im Jahre 1910 erreichten Höhe erhalten werden soll. Seit dem Jahre 1910 sind allerdings die in den laufenden Verträgen festgelegten Lohnsteigerungen in Kraft getreten, aber für die Rechtmäßigkeit des Nahardt wäre es eine dankbarere Aufgabe gewesen, auf zahlenmäßig festzustellen, um wieviel der Lohn an den einzelnen Orten erhöht werden müßte, um einen gerechten Ausgleich mit der Steigerung der Lebenshaltungssicherheitszulagen zu erhalten.

Eine solche Rechnung, die zeigen würde, wie bescheiden Holzarbeiter sind, macht Herr Nahardt allerdings nicht. Gott dessen entrüstet er sich über die Forderungen von Arbeitgebern und er spricht den Holzarbeiterorganisationen jedes Verständnis und jegliche Rücksicht auf die Interessen des Gewerbes ab. Unsere Kollegen haben auf die Interessen des Gewerbes in weitgehendem Maße Rücksicht genommen. Es muß aber auch ausgesprochen werden, daß ein Arbeitgeber, dessen Existenzfähigkeit von der schlechten Entwicklung der Arbeiter abhängig ist, einen Anspruch auf einen Bestand nicht haben kann.

Nachdem Herr Nahardt in seiner Weise die Forderungen der Arbeiter kritisiert hat, kommt er zur eigentlichen Kriegserklärung, der Ankündigung der Aussperrung zum 15. Februar. Bei der Wichtigkeit dieses Ereignisses halten wir es für angebracht, es im Vorwort anzugeben. Herr Nahardt schreibt:

"So sehr wir die Zuspihung der Verhältnisse auch beklagen, und so gern wir auch den Frieden in unserem Gewerbe erhalten hätten, so bleibt uns doch nach Ablaufung unseres Angebotes, mit dem wir schon weit über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen sind, nichts anderes übrig, als am 15. Februar zur Aussperrung zu greifen."

Unsere Mitglieder haben sich deshalb in der Vorbereitung einer Altkartei so einzurichten, daß alle in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter, und zwar ohne Rücksicht auf deren Organisationszugehörigkeit, am 16. Februar entlassen werden können.

Mit dem gleichen Tage tritt auch der Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 3. Januar in Kraft, nach welchem kein Verbandsmitglied Aufträge aus den gesperrten Städten annehmen darf.

Diesenigen unserer Mitglieder, welche unter den bis 1914, 1915 und 1916 laufenden Verträgen weiter arbeiten, dürfen nach den 51 Vertragsgebieten, für welche die Aussperrung eintritt, weder Agenten und Reisende entsenden, keine Ausweise erlassen, noch sich eingestehen, daß sie diesen Schaden selbst verschuldet haben. Die Forderungen, welche die Holzarbeiter erhoben

haben, können ohne die geringste Gefährdung des Gewerbes bewilligt werden; aber die Unternehmer wollen

den Kampf! Deshalb lehnen sie die Verhandlungen über die Forderungen ab, deshalb bestreiten sie unannehbare Bedingungen. Der Arbeitgeber-Schuhverband fühlt sich im Bunde mit den Schärmachern im Baugewerbe allmächtig, die deutschen Holzarbeiter werden über den Beweis liefern, daß sie seine Drohungen nicht fürchten, sondern ruhig und unverdrossen auf das Ziel hinarbeiten, das sie sich gestellt haben: die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir waren ehrlich bemüht, dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, es ist aber anders gekommen. Die Unternehmer haben die friedliche Verständigung verhindert, sie wollen den Kampf, und an den Holzarbeitern ist es nun, zu zeigen, daß sie auch im Kampf ihren Mann zu stehen wissen.

G. Nahardt." Aus dieser Bekanntmachung des Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schuhverbandes ist ersichtlich, daß es diesmal Ernst werden soll. Die Unternehmer wollen die Kraftprobe unternehmen und die offizielle Ankündigung der Aussperrung ist ein folgerichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen, die der Schuhverband bisher in der Tarifbewegung unternommen hat. Die Kündigung der Verträge auf der ganzen Linie, die nicht aufrichtig gemeinten Versprechungen mit den Arbeitervertretern über die Form, in welcher die Verhandlungen geführt werden sollen, die geheime Antwortung an die Bezirksverbände, ersten Verhandlungen über die Lohnfrage auszuweichen, dann die Scheinverhandlungen, die zentral mit den Arbeitervertretern geführt wurden, schließlich das völlig ungenügende Angebot der Arbeitgeber, welches als einheitliches Ganzen betrachtet wird, und das absichtlich so gehalten war, daß es von den Arbeitern abgelehnt werden müßte und nun die Kriegserklärung in Gestalt der Aussperrungsankündigung.

Der Arbeitgeber-Schuhverband hat sein Programm bis jetzt ganz glatt und richtig absolviert. Allerdings gehörte dazu keine besondere Kunst. Der schwierigere Teil des Programms folgt erst jetzt, wenn die Aussperrung in die Tat umgesetzt werden soll. Es handelt sich um eine Kraftprobe im doppelten Sinne des Wortes. Der Schuhverband will nicht nur seine Kräfte mit der Arbeiterorganisation messen, er unterzieht zugleich die Festigkeit seiner eigenen Organisation einer schweren Belastungsprobe.

Der Arbeitgeber-Schuhverband ist im Begriff, einen Riesenkampf zu entfesseln, um die Organisation der Arbeiter niederzuringen. Unsere Kollegen sollen gezwungen werden, sich die Arbeitsbedingungen von den Unternehmern dictieren zu lassen, ihre Mitbestimmungsrecht will der Schuhverband beseitigen. Aber das wird ihm nicht gelingen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband verfügt über reichliche Kampfsmittel und es stehen ihm auch noch genügende Reserven zur Verfügung. Wir rechnen allerdings damit, daß der beginnende Kampf sich längere Zeit hinziehen und an die Widerstandskraft der beteiligten Kollegen hohe Anforderungen stellen wird. Unsere Kraft wird aber gestärkt durch das Bewußtsein, daß wir einen uns aufgezwungenen Kampf führen zur Wahrung der Ehre und des Ansehens unserer Organisation. Mit der Ehre und dem Ansehen unserer Organisation sind die materiellen Arbeitsbedingungen auf das engste verknüpft. Die entwürdigenden Angebote der Arbeitgeber hätten einen Sinn, wenn der Deutsche Holzarbeiterverband eine fast- und kraftlose Organisation wäre. Diese Annahme ist aber falsch, und der Arbeitgeber-Schuhverband wird seinen Triumph bald genug erkennen.

Bei den Unternehmern, besonders denen in Berlin, scheint die Erinnerung an die Aussperrung im Jahre 1907 ein wenig verblaßt zu sein, daß sie jetzt wieder so stark mit dem Feuer spielen. Sie haben mit ihrer damaligen Aussperrung dem Gewerbe und damit auch sich selbst einen schweren Schaden zugefügt. Mit Vergnügen haben ihnen ihre lieben Kollegen in anderen Städten die Kunden weggeschickt, und als der lange Kampf vorüber war, da nutzten die Unternehmer

nicht nur den Arbeitern beträchtliche Zugeständnisse machen; viel schmerzlicher war der Schaden, der ihnen aus der Gewöhnung ihrer Kundenschaft an die auswärtige Konkurrenz erwuchs.

Es ist nicht unseres Amtes, die Tischlermeister und Holzindustriellen auf die Gefährlichkeit des Spiels hinzuzweißen, das sie spielen. Sie mögen tun, was sie nicht lassen können. Aber das eine können wir jetzt schon aussprechen: Wenn sich später herausstellt, welche schweren Wunden dem Gewerbe selbst und den einzelnen Gewerbetreibenden durch den Kampf geschlagen sind, den zu entfesseln die Unternehmer im Begriff stehen, dann mögen sie an die eigene Brust schlagen und sich eingestehen, daß sie diesen Schaden selbst verschuldet haben. Die Forderungen, welche die Holzarbeiter erhoben haben, können ohne die geringste Gefährdung des Gewerbes bewilligt werden; aber die Unternehmer wollen den Kampf! Deshalb lehnen sie die Verhandlungen über die Forderungen ab, deshalb bestreiten sie unannehbare Bedingungen. Der Arbeitgeber-Schuhverband fühlt sich im Bunde mit den Schärmachern im Baugewerbe allmächtig, die deutschen Holzarbeiter werden über den Beweis liefern, daß sie seine Drohungen nicht fürchten, sondern ruhig und unverdrossen auf das Ziel hinarbeiten, das sie sich gestellt haben: die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir waren ehrlich bemüht, dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, es ist aber anders gekommen. Die Unternehmer haben die friedliche Verständigung verhindert, sie wollen den Kampf, und an den Holzarbeitern ist es nun, zu zeigen, daß sie auch im Kampf ihren Mann zu stehen wissen.

Die Sitzung der Zentralvorstände am 16. Januar nahm nicht viel Zeit in Anspruch. Herr Nahardt teilte einleitend mit, daß der Vorstand des Schuhverbandes von seinen örtlichen Vertretern ermächtigt sei, über den gesamten Inhalt der Verträge zu entscheiden und diese endgültig abzuschließen. Er habe auch bereits eine Zusammenstellung über die zu gewährenden Zugeständnisse gemacht, die er in Gestalt eines umfangreichen Schriftstückes mit dem Titel "Angebot des Arbeitgebers" den Arbeitervertretern überreichte.

Ein flüchtiger Durchblick zeigte, daß sich die Arbeitgeber bei ihren sogenannten Zugeständnissen durchaus von den Grundsätzen hatten leiten lassen, die von den Arbeitervertretern in unzweideutigster Weise als unannehbar bezeichnet worden waren. Sie gehen davon aus, daß die Verträge nur auf drei Jahre abgeschlossen werden, und daß eine Arbeitszeitverkürzung in den Städten, die bereits 54 Stunden und weniger haben, nicht gewährt wird. Nur in einigen Städten mit längerer Arbeitszeit ist eine Stunde Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich vorgesehen. Um aber ihr gutes Herz zu beweisen, wollen die Arbeitgeber eine Lohnzehrung bewilligen, die sich jedoch in gar zu bescheidenen Grenzen hält. Jeweils am 1. Oktober soll in jedem der drei Vertragsjahre eine Erhöhung des Stundenlohnes um einen ganzen Pfennig eintreten.

Von den Arbeitervertretern wurde denn auch zugleich erklärt, daß sie dieses Dokument als einen erneuten Beweis dafür erachten, daß der Arbeitgeber-Schuhverband auf den Krieg hinarbeitet; darüber habe man sich aber auch von vornherein seinem Zweifel hingeggeben. Die wiederholt öffentlich abgegebenen Erklärungen des Arbeitgeber-Schuhverbandes, daß er bestrebt sei, den Frieden zu erhalten, habe man nie ernst genommen. Die Grundsätze, von welchen sich das "Angebot der Arbeitgeber" leiten lasse, seien für die Arbeiter nach wie vor unannehmbar.

Nachdem dann die Arbeitervertreter eine Sonderbesprechung abgehalten hatten, gaben sie die Erklärung ab, daß sie an vierjährigen Verträgen festhalten und die grundlegenden Forderungen der Arbeitgeber bezüglich der Arbeitszeit nicht anerkennen könnten. Dessen ungeachtet sind sie bereit, die Verhandlungen fortzusetzen und in eine Beratung über die den einzelnen Städten zu machenden Zugeständnisse einzutreten. Nunmehr wurde vom Arbeitgeber-Schuhverband erklärt, daß er sein Angebot als ein einheitliches Ganzen betrachte. Änderungen wolle er nicht gestatten; so wie es ist, müssen es die Arbeiter annehmen oder ablehnen. Daß unsere Vertreter dieses Ultimatum ablehnen müßten, darüber gab es keinen Zweifel, und auch der Arbeitgeber-Schuhverband war sich darüber klar. Es ist mit voller Überzeugung auf dieses Ziel losgesteuert,

und er hat es erreicht: Die Vertragsverhandlungen in der Holzindustrie waren geschaffert!

Das „Angebot der Arbeitgeber“ enthält durchgängig für alle Städte eine Erhöhung des Stundenlohns um je 1 Pf. am 1. Oktober eines jeden der drei Vertragsjahre, also insgesamt 8 Pf. für die ganze vorgehende Vertragszeit von drei Jahren. Eine Ausnahme macht nur Kiel. Hier sind bloß 2 Pf. zugestellt, und zwar am 1. Oktober 1913 und 1915 je 1 Pf.

Ein weiterer Pfennig Lohn erhöhung kommt hinzu als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde. Eine solche soll aber nur in ganz wenigen Städten gewährt werden, und zwar durchgängig am 15. Februar 1915. Die Städte, die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung erhalten sollen, sind: Almberg (seitliche Arbeitszeit 57 Minuten), Beuthen und das ober-schlesische Industriegebiet (57), Bromberg (66), Crefeld (56), Erfurt (55), Göttingen (66), Greifswald (58), Hildesheim (56), Neisse (58), Schwerin (57), Stargard (58) und Südbraunau (58). Nur allein für Breslau (58) sind zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung, am 1. Juli 1913 und am 1. Oktober 1914 je eine Stunde, vorgesehen. In den nachfolgenden Städten, die jetzt noch eine längere als die 64 stündige Arbeitszeit haben, soll eine Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten: Danzig, Guben, Lüneburg, Uelzen, Minden, Thorn, Tittau. Ebenso soll in allen anderen, hier nicht genannten Städten die seitliche Arbeitszeit bestehen bleiben.

Die Abänderungsanträge für Berlin sind besonders behandelt. Auch hier sind 3 Pf. Lohn erhöhung zugestellt, doch sollen die Dachdecker- und Drechsler keine Lohn erhöhung erhalten. Daneben sind eine Reihe Änderungen des geltenden Vertrages vorgesehen, die fast durchgängig Vertragsänderungen des seitlichen Zustandes bedeuten. So soll es z. B. für Monate gearbeitet innerhalb Berlins und des Vorortverkehrs künftig nur 5 Pf. Bruchtag pro Stunde geben, gegen seither 1 Mt. pro Tag. Nur wenn der Arbeiter gezwungen ist, das Mittagessen in der Nähe der Montagestelle einzunehmen, soll er 10 Pf. pro Stunde erhalten; also auch dann noch weniger als seither.

Für den partiativen Arbeitsnachweis wird das Obligatorium aufgehoben durch die Bestimmung, daß es den Arbeitgebern ohne weiteres freisteh, offene Stellen anderweitig zu besetzen, wenn der Arbeitsnachweis, oder dessen Filiale nicht imstande sind, die vorhandenen Stellen wirtschaftlich zu besetzen.

Bemerkenswert ist die Forderung der Unternehmer, die Bestimmung: „Zivilechtliche Anprüche an die beiderseitigen Verbände sollen aus diesem Vertrag nicht erhoben werden können“, die sich im Berliner Vertrag und in einigen anderen Verträgen befindet, aus diesen zu streichen. Der Aufnahme dieser Vertragsbestimmung sind seinerzeit eingehende Verhandlungen vorausgegangen. Wenn der Schuhverband jetzt die Streichung verlangt, so darf daraus geschlossen werden, daß er sich mit der Abstimmung gelegentlich die Stassen amter des Verbands auf dem Wege des Abstimmungskampfes zu schärfen. Für die Rücksichtslosigkeit, mit welcher der Schuhverband sein Ziel verfolgt, ist diese Forderung besonders geeignet.

Nun könnte sie noch bestehen, wenn die Vertragsvereine des Schuhverbandes über allen Zweifel erhaben wäre. Nun braucht aber nur den Namen Bremenwald zu nennen, um die Vertragsunterseite des Schuhverbandes mitglied und das Unvermögen und den mangelnden Willen seiner Verbandsleitung zu kennzeichnen, den geltenden Verträgen Anerkennung zu verschaffen. In selben Fällen, wo unserer Kollegen durch böswillige Unternehmer unter Vertrag gebucht um beträchtliche Summen betrogen werden, wäre es praktisch schwer möglich, den Schuhverband mit seiner Kasse für die Innenhaltung der Verträge haftbar zu machen. Dagegen ist die Richtigkeit, wie Beispiele beweisen, im umgekehrten Fall sehr leicht geneigt, die Kosten der Gewerkschaften zu schärfen. Diese Anerkennungen mögen für heute genügen. Mit der Zurückweisung des Angebots der Arbeitgeber ist auch diese Rücksicht des Schuhverbandes zurückgewiesen, und wir werden bei der Zurückweisung behalten, wenn dieses Thema noch einmal aktuell werden sollte.

Gleich nach dem Abschluß der Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schuhverband hat unser Verbandsvorstand die Vertreter aller Vertragsstädte zu einer Besprechung nach Berlin ferngenommen. Diese Konferenz der Städtevertreter, die am 18. Januar in Berlin stattfand und von etwa 150 Delegierten besucht war, erklärte sich mit der seitlichen Stellungnahme der Verbandsleitung durchaus einverstanden. Sicherlich sprach sich die Konferenz dahin aus, daß das Angebot der Arbeitgeber, welches als ein Hoch empfunden wurde, entschieden zurückgewiesen werden muß. Das Ergebnis der Verhandlungen der Städtekonferenz läßt sich in folgende Sätze zusammenfassen:

Die Beschlüsse des Arbeitgeber-Schuhverbandes schafft die Konferenz in voller Einmütigkeit entschieden ab. Die Konferenz nimmt — wenn auch mit Bedauern — deren Beschluss, daß die Verhandlungen geschaffert sind und spricht ihre volle Zustimmung zu der Entscheidung unserer Verbandsvertreter bei den Verhandlungen aus.

Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes schreien vor dem angedrohten Kampfe nicht zurück, sondern werben in ehrlicher Einschlossenheit sehr daran gehen, alle Vorbereitungen zum Kampfe zu vollenden.

Jeder Gewanke, von unseren Forderungen grundsätzlicher Art abzulassen und etwa den Arbeitgebern auf solcher Grundlage neue Verhandlungen anzubieten, muß entschieden abgelehnt werden.

Ebenso muß der Gewanke abgelehnt werden, unsrerseits etwa einen unparteiischen Schiedsrichter anzurufen.

Es muß somit, wenn auch von der Gegenseite keine neuen Verhandlungen mehr angeboten werden, die Entwicklung der Dinge bis zum 15. Februar abgewartet werden.

Alle Maßnahmen, die ab 15. Februar in den einzelnen Städten zu treffen sind, bleiben der weiteren gemeinsamen Einschaltung vorbehalten.

Alle den in der Presse bereits erbrachten Fällen, daß sich ein Unparteiischer zur Vermittlung und als Schiedsrichter beiden Parteien anbietet sollte, wird der Deutsche Holzarbeiterverband ihn nicht ablehnen.

Die Zustimmung kann jedoch nur erfolgen unter der Voraussetzung, daß unsere offiziellen Vertreter zu den Verhandlungen mit hinzugezogen werden. Die eventuellen Schiedsrichter unterliegen in jedem Falle der Entscheidung einer neuen Städtekonferenz und eventl. eines außerordentlichen Verbandstages.

Die formelle Kampsansage des Arbeitgeber-Schuhverbandes war der Konferenz noch nicht bekannt, sie hätte aber, wenn sie bekannt gewesen wäre, auf die Haltung der Konferenz keinen Einfluß ausgeübt. Die Teilnehmer rechneten damit, daß der Arbeitgeber-Schuhverband am 15. Februar aussperren würde, aber dessen ungeachtet vertraten sie einmütig die Auffassung, daß an den aufgestellten Forderungen festgehalten werden müsse.

Unmittelbar vor der Drucklegung der vorliegenden Nummer geht uns das Morgenblatt der „Berliner Volkszeitung“ von Dienstag, den 21. Januar, zu. Das Blatt bringt an auffälliger Stelle einen längeren Artikel, der sich mit der Tarifbewegung in der Holzindustrie beschäftigt, unter der Überschrift: „Der Staatssekretär, es ist Zeit! Sollen 62 500 Arbeiter brotlos werden?“ Der Artikel weist auf die schweren Schäden hin, die das gesamte Wirtschaftsleben durch die ungedrohte Aussperrung im Holzgewerbe erleiden würde und betont, daß „ein ungangreicher Kampf im Holzgewerbe auch die friedliche Entwicklung der gegenwärtigen Tarifverhandlungen im Maler- und Wagnerwerk sehr ungünstig beeinflussen und möglicherweise einen wirtschaftlichen Kampf heraufbeschwören würde, der sich wenig von einer Generalaussperrung sämtlicher Gewerkeblicher Arbeiter unterscheidet“. Die „Volkszeitung“ betont, daß sie von keiner der beteiligten Parteien zu ihrer Stellungnahme aufgemuntert worden sei, das Eingreifen der Reichsregierung anzutreten, und schließt ihren Artikel mit den Worten: „Eigentlich, es ist Zeit!“

Wir erkennen den guten Willen, dem gewerblichen Frieden zu dienen, der aus den Zeilen der „Volkszeitung“ spricht, gerät an, müssen aber bezweifeln, ob die Anregung Erfolg haben wird. Ob sich die Reichsregierung in unsere Tarifbewegung einmischt wird, ist zweifelhaft und noch größeren Zweifel seien wir in den guten Willen des Arbeitgeber-Schuhverbandes, einen solchen Vermittlungsbewerb anzunehmen. Seigt doch die von ihm verfolgte Taktik auf das deutlichste, daß er es von vornherein auf den Bruch angelegt hat. Unser Verband hat die Antwort auf die Anregung schon vorweg gegeben, indem sich die Städtekonferenz am 18. Januar auf den Standpunkt stellte, daß ein unparteiisches Schiedsgericht unsrerseits nicht angerufen wird, jedoch soll das Angebot eines unparteiischen Vermittlers, sofern ein solches erfolgt, nicht abgelehnt werden.

### Die Bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft im Jahre 1911.

Die Jahresberichte der Berufsgenossenschaften enthalten oft interessantes Material, dessen Kenntnis auch für die Arbeiter von Nutzen ist. Leider sind die Berichte im Buchhandel nicht erhältlich und die Genossenschaftsbücherei scheinen vor einer Besprechung ihrer Berichte in der Arbeitersprache eine gewisse Scheu zu haben. Eine Ausnahme macht nur die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft, die uns ihren Bericht seit einer Reihe von Jahren regelmäßig zusendet. Die anderen Berufsgenossenschaften der Holzindustrie und ebenso die der Musikinstrumentenindustrie haben unser Erfahrung um Überlassung des Jahresberichtes unbeachtet gelassen. Mitunter gelingt es uns, diese Berichte auf Umwegen zu erlangen, aber auch nur selten. Es ist uns von den Berufsgenossenschaftsbüchereien für 1911, arbeitet der Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft, den wir bereits im vorigen Jahre besprochen haben, nur der der Bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft zu Gesicht gekommen, und auch dieser nur mit einziger Verzögerung.

Der Bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft gehörten am Schluss des Jahres 1911 8629 Betriebe mit 50 000 Befolkertern (zu 300 Arbeitstagen) an, gegen 5388 Betriebe mit 47 865 Befolkertern im Vorjahr. Die Gesamtkapitalsumme betrug im Jahre 1911 52 020 284 Mt. oder auf den Kopf des Befolkerers 1038,64 Mt. gegen 1001,22 Mt. im Jahre 1910. Die Löhne sind also um durchschnittlich 2,7 Proz. gestiegen. Da der Bericht eine Zusammenstellung gibt, aus der die Verteilung der Arbeiter auf die einzelnen Gewerbearten ersichtlich ist, ist es möglich, zu vergleichen, welche Lohnabsetzungen in den

einzelnen Berufen eingetreten sind. Aus der nächsten Tabelle ist die Zahl der Befolkerter und der Durchschnittsdienst in den Jahren 1910 und 1911 ersichtlich.

Gewerbearten	Amt der Befolkerter am 31. XII. 1911	Lohnsumme im Durchschnittsdienst 1911	Amt der Befolkerter am 31. XII. 1910	Lohnsumme im Durchschnittsdienst 1910
Holzverarbeitung und Konfektion	6 170	9 037 180	9 037 180	9 037 180
Holzhäute, Zähnholz, Holzwolle, etc.	600	407 821	708 000	708 000
Große Holzwaren	3 744	3 667 897	977	977
Schreinerei, Parfümfabrikation	10 988	21 080 761	1139 78	1139 78
Wolldecken, Fleißfabrikation	944	1 071 890	1 071 890	1 071 890
Stärkemühlen	690	502 622	502 622	502 622
Weber und Fleißer von Holz	198	142 000	720 000	720 000
Eisoh, Brot und Blumen	2 006	9 497 002	9 476 665	9 476 665
Drechsler u. Schnitzwarenfertigung	594	163 460	788 600	788 600
Stämmerei, Bäckerei, Feberpfeifen	5 011	4 743 285	1 465 67	1 465 67
Stadt, Fabrik	410	348 876	888 54	888 54
Glas- und Schriftwarenfertigung	2 125	2 500 402	1 221 800	1 221 800
Stellmacherei u. Wagenbauanstalten	705	724 456	886 03	886 03
Stangenfabrikation	15	12 628	886 20	886 20
Schreibstiftsfabrikation	179	146 970	814 36	814 36
Metall und Farbstoffe	8 627	9 648 788	977 04	977 04
Färberei von Holz und Stoff	89	11 000	11 000	11 000
<b>Gesammt</b>	<b>50 086</b>	<b>52 020 284</b>	<b>1038,64</b>	<b>1038,64</b>

Der Verdienst ist also in manchen Branchen gesunken, in anderen aber auch nicht unerheblich zurückgegangen. Allgemein bewegen sich die Löhne der bayerischen Arbeiter noch auf einer sehr beschleunigten Stufe. Beachten ist übrigens, daß sich bei der Addition der Befolkerter 50 115 ergibt, statt der angegebenen 50 086. Da mit der leichten Zahl auch sonst im Bericht gesagt ist, darf sie wohl als richtig angenommen werden; vielleicht sind in einer Gruppe 30 Arbeiter zu wenig angegeben.

Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß sowohl die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen. Und dann wieder, daß 799 Fällen erstmalige Verletzung erfuhren. Man kann dem Bericht nicht gerade nachsagen, daß die Zahl der Unfälle und ihre Folgen in Bekommen, besonders übersichtlich wäre, immerhin läßt konstatieren, daß die Zahl der Unfälle gestiegen ist. Der Prozentsatz der entzündigten Unfälle zurückgegangen ist. Gleichzeitig wird auch der Umfang, daß die an verschiedenen Stellen verstreuten Zahlen genau übereinstimmen. So heißt es im Bericht des Landes, daß im Jahre 1911 2567 (im Vorjahr 2301 Fälle) zur Anmeldung kamen

# Warning vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Erzung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Ver-  
smitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvor-  
o zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und  
der Zahlsellenverwaltung durch Unterschrift und  
spel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Stern, Maschinenbauern und Hilfsarbeitern nach Berlin.  
Neufölln (Propellersfabrik Garuda), Wremet.  
Haben-Gestenauide-Lehre, Wremet.  
vördere (Vraasch), Eppendorf i. Grzgeb. (Leonhardt), Frankfurter an der Oder (Trompler, Hartlapp, Wylsius, Wühl, Wudoch, Pohle, Lohrberg), Großhartmannsdorf (Werlebach), Mölna, Mh.-Mall (Schwamborn), Mettenhausen, Stolp in Pommern (Blod), Werden a. d. Uller, Weinheim (Schaab), Winnibrunn.  
Hilfshilfern nach Offenbach a. M. (Engelbert Kern).  
Hilfseigern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Verfussvereins der Berliner Parkettgeschäfte, Uhlandstraße).  
Reen nach Eppendorf i. Grzgebirge (Leonhardt).  
Widern, Grundierern, Verzierern und Farbigmachern nach Glattbrugg b. Zürich (Wessers).  
machern nach Seiffert (Ullermann); nach der Schweiz: Zürich (Chrenberger), Koppenhagen.

neten sich bei Gattersägen, Holzwalzemaschinen und Transmissionen. Ein tödlicher Unfall, der sich bereits Jahre 1910 ereignet hat, war im Berichtsjahr Gegen einer Gerichtsverhandlung. Ein Gartenmöbel-

tant hatte, um Leisten zu schleifen, eine Holzscheibe 12 Zentimeter Durchmesser und 25 Millimeter Stärke, beiderseitig furniert war, an Stelle des Sägenblattes die Kreissägenwelle gespannt. Die Scheibe wurde mit Papier überzogen und der Unternehmer hatte eine Klinge selbst davon gearbeitet. Als er abgerufen wurde, ein Gehilfe an seine Stelle. Gleich darauf zersprang die Scheibe und ein Teil zerschmolterte dem Arbeiter den Kopf. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Tant hätte wissen müssen, daß die Widerstandsfähigkeit dieses der großen Geschwindigkeit, mit welcher sich die Säge bewegt, nicht gewachsen ist, und verurteilte den Unternehmer wegen fahrlässiger Körperverletzung zu sechs Monaten Strafhaft.

Die Aufsichtstätigkeit der Berufsgenossenschaft hält sich noch in sehr bescheidenen Grenzen. Wenn zu dem einen technischen Aufsichtsbeamten im Berichtsjahr noch eitlerige Hilfsarbeiter im Aufsichtsdienst als Rechtsbeamter vereidigt wurde, so sind insgesamt doch nur Betriebe mit 13 580 Arbeitern revidiert worden. Von vorhandenen Maschinenbetrieben wurden wieder, wie im Jahre, bloß 28 Proz. revidiert. Das ist viel zu wenig, wenn sich die Berufsgenossenschaft entschließen könnte, Aufsichtsbeamte einzustellen; dann würden sich die auch erforderlichen Ausgaben zweifellos bezahlt machen. Bericht konstatiert es schon als einen Fortschritt, daß Berichtsjahr nur in 61 Proz. der revidierten Betriebe Beanstandungen zu machen waren, während sich im Vorjahr die Notwendigkeit zu Beanstandungen in 72 Proz. der letzten Betriebe ergab. Aber die Zahl der im letzten konstatierten Mängel ist noch erheblich genug, zumal inblick darauf, daß nur ein so geringer Teil der Betriebe revidiert wurde.

Der Mangel in der Beaufsichtigung der Betriebe durch Berufsgenossenschaft muß durch eine um so größere Sorgfalt der Arbeiter ausgeglichen werden. Nicht nur, sondern einzelne sich bemühen muß, die Unfallverhütungsmaßnahmen auf das sorgfältigste zu beachten und die vorhandenen Schutzvorrichtungen zu benutzen; man muß auch Mut haben, gegebenenfalls die Anschaffung der erforderlichen Schutzvorrichtungen durch den Unternehmer zu erzwingen und, wenn nötig, zu erzwingen. Der Betrieb von Holzbearbeitungsmaschinen wird sich ja schwerlich & völlig unfall sicher gestalten lassen, sicher ist es aber, bei der Anwendung der erforderlichen Sorgfalt die Gefahr von Unfällen bedeutend herabgemindert werden kann. Obwohl der Berufsgenossenschaften ist es, auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Wenn auch für sie als wesentlichster Gewinn die Renteneuersparnis in Betracht kommt, so darf sich doch hier die Bestrebungen der Arbeiter, die ihre eigenen Glieder sichern wollen, mit denen der Berufsgenossenschaften im gleichen Ziele zusammensetzen, und eingeschlossene Arbeiten der Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften auf dem Gebiet des Unfallschutzes dürfen Teilen zum Vorteil gereichen.

## Die Mainzer Holzindustrie.

g. Die Mainzer Holzindustrie hat in den letzten Jahren eine Entwicklung genommen, die es verdient, den Kreisen bekannt zu werden. Seit einem halben Jahrdert gilt Mainz in Südwestdeutschland, vielleicht darüber hinaus, gleichwie Stuttgart in Süddeutschland als Zentrale für Kunst- und Möbelschreinerei. Nicht zuletzt Gute und beste Möbelschreiner des Kontinents biet in Mainz schon ihre schärfbare Kraft den Möbelkäufern zur Verfügung gestellt und haben geholfen, auf, den die Mainzer Arbeit genöß, zu vergrößern.

Als besonderer Zweig der Mainzer Möbelindustrie gilt die luxuriöse Einrichtung unserer großen schwimmenden Hotels, die vornehme Ausstattung der Salons usw. auf den großen Passagier- und Luxusdampfern; also Arbeiten, die schon eine gewisse technische Rüchtigkeit bei den Verfertigern voraussetzt. Gute Schreiner waren gesuchte Ware. Es hat eine Periode gegeben, wo die Mainzer Möbelfabrikanten preisherrschend auf dem deutschen Möbelmarkt auftreten konnten. Es galt als Vorteil, mit Mainzer Arbeit bedient zu werden; nicht, weil es unmöglich war, die Bestellung auszuführen, sondern weil die Konkurrenz fehlte. Das war die Blütezeit der Möbelindustrie, das waren die Jahre des vorigen Jahrhunderts. Etwa 400 bis 500 Kunst- und Möbelschreiner arbeiteten in dieser Zeit fast alle für den Weltmarkt. Die bestellte Arbeit überwog bei weitem die zur Ausstellung oder für das Lager, das Absatzgebiet war ein festes.

Die Wauschreinerei halte in jener Zeit gleichfalls Hochconjunktur. Die Ausdehnung der Stadt bedingte eine rege Baufärtigkeit. Einige Schreinermeister, zugleich Wauspelbauten, d. h. Bauherren, die auf Wiederverkauf bauten, nutzten ihre Zeit aus; stellten in eigener Werkstatt ihre erforderlichen Schreinerarbeiten her und erreichten damit eine rationelle Ausbeutung der Arbeitskräfte auf Kosten der Qualitätsarbeit im Schreinerhandwerk. Die für den sonstigen Bedarf arbeitenden Schreinermeister mussten sich selbstverständlich den gegebenen Verhältnissen anpassen und so befanden sich in gewisser geschäftlicher Abhängigkeit. Die kleineren Unternehmer schafften so lange an „ihre“ Arbeit, als es eben „ihre“ Arbeit war; die übrige Zeit waren sie Zwischenmeister, d. h. sie holten sich Arbeit in den früheren Geschäften, die sie dadurch meist billiger hergestellt bekamen als in der eigenen Werkstatt. Dass ein solcher Zustand ein idealer war, wird wohl niemand behaupten wollen.

Neben diesen Möbelfabriken und Wäschereien, die ungefähr 750 Arbeiter beschäftigten, bestanden im Bezirk Rainz, außer je zwei Billard-, Stuhl- und Mölladenfabriken, zwei große Waggonfabriken, ferner eine Nähmaschinen-, Fahrräder- und Automobilfabrik.

So war es vor 15 bis 20 Jahren, die Unternehmer witterten das schönste Arbeitsfeld — für sich. Anders unsere Kollegen. Nach dem verlorengegangenen Streik von 1890/91 waren die organisierten Holzarbeiter wie der Wind auseinander gestoßen und sahen ruhig zu, wie die Arbeitgeber ihre Zeit ausnutzten und ihr Kapital vergrößerten. Wer nicht hören will, muß fühlen. Die Mainzer Holzarbeiter haben in dieser Zeit gefühlt und dann gelernt. Erst das Jahr 1900 brachte für sie die unbedingt notwendige Besserung. Die Bedeutung der damaligen Lohnbewegung für die gesamte Holzarbeiterbewegung ist seinerzeit in der "Holzarbeiter-Zeitung" ausführlich gewürdigt worden. Seitdem haben die Mainzer Kollegen noch zweimal — 1906 und 1911 — mit teilweisem Erfolg versucht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bau- und Möbelschreiner zu ändern.

Wie liegen die Verhältnisse in der Mainzer Holz-  
industrie nun heute? Um es vorweg zu nehmen: Die  
mainzer Möbelindustrie ist auf dem besten Wege, ganz  
id gar auf den Hund zu kommen, wenn nicht noch im  
letzen Moment auf geeignete Art und Weise Wandel ge-  
täffen wird. Als Beweis möchten wir folgendes aufführen.  
Wir lassen Ihnen ist die betrübende Tatsache, dass

allen Zeiten ist die betrübende Tatsache zu konstatieren, daß im letzten Jahrzehnt eine größere Anzahl naut-  
ster Firmen ihre Werkstätten für immer geschlossen  
haben. In den meisten Fällen haben die Besitzer den goldenen  
Aoden des Handwerks gefunden und sich in behaglichem  
Wohlstand zur Ruhe gesetzt. Außer einigen Handwerks-  
meistern mögen hier genannt sein die Firmen: Anderhub-  
mann (früher Fischer), Grossart, Schwarzmüller, Scheufele,  
Kubel sowie Gräf von den Bauschreinern. Die noch  
stehenden Fabriken haben nur zum Teil ihren Ar-  
beitsstand erhöht; jedoch nicht in dem Maße, als über-  
flüssige Arbeitskräfte vorhanden waren. Diese waren viel-  
ehr gezwungen, entweder Mainz zu verlassen oder ihre  
Arbeitskraft einer der Waggonfabriken oder aber der in  
den letzten Jahren aufblühenden Automobilindustrie zur  
Verfügung zu stellen. Wieder andere gründeten eine, nun  
seien wir: Scheinergießerei. In allen Teilen Deutschlands  
sind Kollegen anzutreffen sein, die wohl gern an das  
müttliche, goldene Mainz, aber ungern an die „para-  
sitischen“ Arbeitsverhältnisse zurückdenken. Heute be-  
ehen noch eine gute Handvoll namhafte Möbelfabriken  
und eine ungewöhnliche große Zahl, es sind deren 120,  
große und kleine Werkstätten. Alle sind zu teilen in  
die für Qualitätsarbeit, Fabrikation für den Markt und  
Handelsarbeit. Tüchtige, ersättigende Möbelschreiner

Das Absatzgebiet für die Mainzer Möbelindustrie hat vollständig verschoben, diejenigen Firmen, die früher usagen ohne Konkurrenz fabrizierten, sind heute gegangen, mit neugegründeten, gleichartigen, auswärtigen Betrieben in Wettbewerb zu treten und hierbei versagen, weil das Gesellschaftskapital, das in Großunternehmen investiert ist, und mit solchen ist in den meisten Fällen zu rechnen, bessere Gewähr und den Vorzug bei diesen Aufträgen hat, denn hier spielen die Finanzmänner in ihre Person eine große Rolle und zweitens, weil Fabrikationseinrichtungen der Mainzer Betriebe sowie Arbeitsmethoden ganz und gar nicht als zeitgemäß erscheinen. Das persönliche und Familienkapital, die Betriebe beherrscht, schaut die Modernisierung, das der-Zeit-gehen; es fließt und fließt und sieht zu wie

... es darf und muß und liegt zu, wie inz von Darmstadt, Karlsruhe und anderen Städten erflügelt wird. Das „ehrbare Handwerk“ findet bei den gen Verhältnissen schlechte Interpreten. Neuerdings liegt auch das Bestreben durch Möbel usw. als Massenstel anzufertigen und auf den Markt zu werzen. Dabei gesagt werden, daß in Mainz selbst ein äußerst ungünstiger Möbelhandel mit auswärtigen Fabrikaten lieben wird.

Benn also Mainz seinen Weltruf weiter behalten will

Serren Fabrikanten ihre Betriebe so einrichten, daß es möglich ist, in denselben Qualitätserhalt herzustellen. Durch zweckentsprechende Maschinen, Werkstätten, sanitäre Einrichtungen und Arbeitsbedingungen kann dies leicht, wenn auch mit einigen Unikosten erreicht werden. Die Produktivität steigt mit erhöhten Aufträgen, wie auch die Leistungsfähigkeit der beschäftigten Arbeiter eine höhere sein wird.

Das gleiche gilt auch für die Bauschreinereien, deren es  
größere nur noch ganz wenige am Platze gibt und die auf  
Übernahme auswärtiger Arbeiten unbedingt angewiesen  
sind. Die meisten Kleinmeister dieser Kategorie stehen in  
wirtschaftlicher Abhängigkeit zu irgendeinem Architekten  
oder Bauunternehmer und führen ein oftmals wenig be-  
neidenswertes Schelubasein. Dass dadurch das „ehrbare  
Handwerk“ nicht gehoben wird, begreift man. Staat und  
Gemeinde sind unzweifelhaft mit die besten Abnehmer  
diversen Schreinerzeugnisse.

In der Billardindustrie ist die Arbeiterzahl gegen früher  
bezimitzt worden, ein Beweis, daß auch in diesem Berufs-  
zweig zum mindesten eine Stagnation eingetreten ist.  
Welches ist in Bezug auf die Tabelle mit zu ver-

Gleiches ist in bezug auf die Stuhlbau- und Rolladenindustrie zu berichten, einige Unternehmer mehr in sogenannter Branche bedeuten keine Erhöhung der Produktion, sondern nur eine Lieferungssteilung, die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist stabil geblieben. Im übrigen ist dieser Berufszweig mit der allgemeinen Geschäftslage im Bauwesen eng verknüpft.

Die einzigen im Bezirk Mainz zurzeit im Aufschwung befindlichen Berufe der Holzindustrie sind der Waggon- und Automobilbau. Diese haben nicht nur einen erheblichen Teil der sonst überschüssigen Arbeitskräfte für sich in Anspruch genommen, sondern auch durch den Automobilbau einen neuen Beruf geschaffen, in dem Schreiner und Wagner in gemeinsamer Werkstatt wirken können. Die Konjunktur ist eine schon seit Jahren günstige, die Betriebe sind fast überall bedeutend vergrößert resp. erneuert worden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen bedürfen noch sehr der Besserung.

Wie haben sich nun die Mainzer Holzarbeiter mit der veränderten Lage abzufinden? Im Verlauf der letzten Jahre hat sich in der Leitung der Betriebe durch die Arbeitgeber eine neue Praxis herausgebildet, die baldmöglichst keine Besprechung und eventl. Stellungnahme unsererseits erfordert. Wenn wenig Arbeit vorhanden ist oder es soll sonst ein Druck ausgeübt werden, entlädt man die Leute nicht, sondern lässt sie aussiezen; stellt sie sozusagen zur Disposition, gleichviel, ob alt oder jung, wochen-, tagess- oder stundenlang. Dadurch behalten die Herren Fabrikanten ihre Arbeiter, die ihren Anforderungen genügen und haben zugleich die Möglichkeit, zu sieben; kurz, der Schreiner wird zum Saisonarbeiter. Wie soll ein Arbeiter existieren, der von Woche zu Woche lebt, periodisch unbestimmte Zeit aussiezen muss und damit der Verdienstlosigkeit, der Not und der Willkür des Fabrikanten ausgesetzt ist? Hier finden wir das alte Sprichwort: „Besser geleiert, als gefeiert“, praktisch von unseren Arbeitgebern angewandt. Auf die Dauer kann das nicht weitergehen, hier gilt auch kein Kundschafter, hier muss gepfiffen werden. An den organisierten Holzarbeitern liegt es, nicht in Kleinrämerien die Zeit zu vertrockeln, sondern den Boden zu ebnen für die Kampfe, die uns bevorstehen; bereit sein ist die Lösung ist uns.

Wir stehen unter einem Tarifvertrag, den wir respektieren; wie dies jedoch von unseren Vertragspartnern erwartet wird, beweist, daß eine große Anzahl unserer Kollegen die Weihnachtswoche feiern mußte und dadurch ein Teil unseres Vertrages bedrucktes Papier blieb. Diese ancheinend von obenher ergangene Probemobilmachung hat wohl manchem die Weihnachtsfreude geraubt, aber auch manchem die Augen geöffnet, daß er sieht, wohin die Fahrt geht. Die Mainzer Holzarbeiter haben alle Ursache, auf dem Posten zu sein; der Unmut, der in weiten Kreisen über die Machinationen der Arbeitgeber besteht, muß vorne annehmen, die es ermöglichen, unsern berechtigten Wünschen zur gegebenen Zeit Geltung zu verschaffen. Wir haben in schlechter Zeit die dritte Fahrklasse fallen lassen müssen, wir haben zu unpassender Gelegenheit die mittlerliche Arbeitsordnung hingenommen; die Arbeitgeber haben den von der Stadt Mainz vorgeschlagenen paritätischen Arbeitsnachweis abgelehnt, jeder Tag bringt neue Entwicklungen. Das Maß ist bald voll, das mögen auch die Herren Fabrikanten, die Vertreter der Mainzer Holzindustrie sich gesagt sein lassen.

## Goziales.

Erregungen zur Durchführung des Hausrbeitsgesetzes.

S. A. G. Das Hausarbeitsgesetz, das am 1. April  
diesen Jahres bereits in Kraft getreten ist, hat bisher  
noch keinen Beweis seines Daseins gegeben. Die wesent-  
lichen Bestimmungen des Gesetzes sind leider solche, die erst  
per Verordnungswege den Heimarbeitern zum Nutzen  
kommen können. Solche Verordnungen sind bisher noch  
nicht erlassen und die Paragraphen des Gesetzes, die all-  
mein für den Heimarbeiter nützliche Anordnungen

Vor allem handelt es sich um die §§ 3 und 4, die den Aushang von Lohntarifen oder Lohnabsetzungen und die Ausgabe von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln anordnen. Diese Bestimmungen könnten leider durch Bundesratsverordnungen in der Weise durchbrochen werden, daß für einzelne Berufe oder für bestimmte Bezirke von dieser Anordnung, wenn es der Bundesrat anordnet, Abstand genommen werden kann.

Von der Regierung werden gegenwärtig Erhebungen  
anstaltet, um solche Ausnahmen vorzubereiten. Es ist  
nicht bekannt, in welcher Art diese Erhebungen veranstaltet  
werden. Es dürfte sich aber entscheiden, daß die Heim-  
weiter, insbesondere aber auch die Gewerkschaftsorgani-  
sationen sich darum bemühen, daß auch sie bei der Begut-  
tigung mitwirken würden.

Die Bestimmungen des Gesetzes werden sich zu Ver-  
mehrung wohl im wesentlichen nur dann verdichten,  
wenn auch die Gewerkschaftsorganisationen, die Heimat-  
kinder als Mitglieder oder als Berufangehörige zählen,

stellen, Anordnungen und Vorschriften zu erlassen. Diesem Zweck mögen einige Hinweise dienen. Der § 5 des Gesetzes schreibt folgendes vor:

Die zuständige Polizeibehörde kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten durch Verfügung für einzelne Gewerbebetriebe hinsichtlich der Einrichtung der Betriebsverfassung und der Regelung des Betriebes in den im § 3 Abs. 1 bezeichneten Räumen anordnen, was zur Vermeidung einer durch die Natur des Betriebes nicht gerechtfertigten Zeitversäumnis der Hauarbeiter bei der Empfangnahme oder Ablieferung von Arbeit erforderlich und nach der Natur der Anlage ausführbar erscheint. Für die Ausführung ist eine angemessene Frist zu setzen.

Für Betriebe, die bei Erlass dieses Gesetzes bereits bestehen, sind, solange sie nicht erweitert oder wesentlich verändert werden, nur solche Anforderungen zulässig, welche ohne unverhältnismäßige Anwendungen ausführbar sind.

Gegen die Verfügung ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig; diese entscheidet endgültig.

Es ist also den Heimarbeitern die Möglichkeit gegeben, wo die vorbezeichneten Nebenstände auftreten, sich an die Gewerbeinspektion zu wenden, um Abhilfe zu verlangen.

Soweit bei der Beschäftigung der Heimarbeiter Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit sich ergeben, kann auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten, die zuständige Polizeibehörde gewisse Maßnahmen zum Schutz der Heimarbeiter anordnen. Auch hier wird es sich darum handeln, daß die Gewerkschaften für die Heimarbeiter die Initiative ergreifen, Anregung in Form von Eingaben, Verhandlungsfundgebungen veranlassen, um schließlich die Gewerbeinspektion zu veranlassen, solchen Forderungen näherzutreten. Für die Nahrungsmittelindustrie können, soweit eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit durch die Art der Herstellung der Nahrungsmittel sich ergibt, bestimmte Anordnungen über Werkstätten und Betriebseinrichtungen erlassen werden. Der Bundesrat faßt neuerlich bestimmt, daß Heimarbeit, welche mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Heimarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden ist, vollständig verboten wird. Auch hier wird es sich darum handeln, daß die Gewerkschaften prüfen, für welche Berufe diese Voraussetzungen zutreffen, um ein Verbot dieser Arbeit zu fordern.

Die Errichtung der Fachauschüsse, die im Gesetz vorgesehen sind, kann nur durch Anordnung des Bundesrats vollzogen werden. Obwohl diese Fachauschüsse keinen erheblichen Einfluss auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter ausüben werden, dürfte es zweckmäßig sein, besonders in solchen Districten, wo bisher auch die Gewerkschaften gar keinen Einfluss auf die Lohnverhältnisse ausüben vermochten, die Errichtung solcher Fachauschüsse anzuregen. Zweckentsprechend scheint es hier, durch Petitionen an den Bundesrat, die Anerkennung für bestimmte Berufe und Bezirke zu geben; denn die Fachauschüsse werden für den Beruf und Bezirk eingerichtet, erhalten also nicht eine große Ausdehnung, sondern mehr örtliche Wirksamkeit.

Von bürgerlichen Sozialpolitikern ist beabsichtigt, in Berlin eine Auskunftsstelle für Heimarbeitersreform einzurichten, die sich mit der Durchführung des Hausarbeitsgesetzes beschäftigt. Ferner sollen örtliche Hilfsausschüsse eingesetzt werden, die den Heimarbeitern mit Rat und Tat zur Hand gehen sollen, damit sie die Rechte und Pflichten kennen lernen, die ihnen aus der Gesetzgebung erwachsen. Für die freien Gewerkschaften sind selbstverständlich die Angestellten und Funktionäre ihrer Organisationen diejenigen, die die nötige Auskunfts- und Ratserteilung übernehmen. Zukünftig können Anfragen an die Sozialpolitische Abteilung der Gewerkschaften in Berlin so. 16, Engerter 14, gerichtet werden, die jederzeit bereit ist, Auskunft zu erteilen. Die Gewerkschaften, soweit ihnen die Fürsorge der Heimarbeiter obliegt, werden mithin gut tun, sich mit Eifer der Aufklärung der Heimarbeiter zu widmen, um die Aufgaben zu erfüllen, die noch dem Hausarbeitsgesetz ihnen aufliegen.

**Krankenkassenverbände und Leipziger Vertragsverbund.** Werden wir füddruck der folgenden Erklärung erlaubt: Die Krankenkassen-Vertragsverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Vertragsberatern vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in höchster Qualität und in der Praxis in allen Punkten völlig einig geblieben, haben bereits bei früherer Gelegenheit fundgegeben, daß sie den dringenden Wunsch hegen, mit den Parteien in Frieden zu leben und eine Versöhnung auf allgemeiner Grundlage herzustellen. Nachdem die vom Staatsamt des Innern in dankenswerter Weise eingeleiteten Spitzengesprächsverhandlungen zwischen den Verbänden der Arbeiterparteien und der Partei vorläufig gescheitert sind, beiden es die Sozialistischen Verbände für geboten, vor der Deutschen Reichstag zu fordern:

1. Die Sozialistischen Verbände waren bereit, an den Spitzengesprächsverhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Erklärung des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Konsens im Reichstag des Innern am 12. November 1912 gegeben war. Die Sozialisten hatten sehr lange unter Bezeichnung schwerer Bedenken entgegengesetzt, daß es nicht ihrer aufrichtigen Überzeugung durch die Tafelwirtschaft der Vereinbarung der Parteien mit dem Reichstag gegenüberstand. Gegenwärtig haben sie sich auf die Zeitung der Sozialistischen Partei abgestimmt, sich den dem Leipziger Vertragsverbund nicht widerstehender Vorstellungen der Reichstagabgeordneten zu unterwerfen, daß er Bereiter zu den Spitzengesprächsverhandlungen zur dann entstehen werde, wenn die Tafelwirtschaft der Partei davon auf die Verzettelkreise seiner Machtung befreit werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich den dem Leipziger Vertragsverbund in dieser Zeitung Vorwürfe machen zu lassen, auf denen sich der Leipziger Verband das Prinzip der sozialen Sicherung erneut bestätigt hat und somit die Sicherung für das Schaffen des Vermittelungsbüros der Regierung trug.

2. Die gesamten Krankenkassen-Vertragsverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankenkassen und Vertragsvereinen für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeigeschaffte Friede in vollem Umfang nicht zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien würde bei solchen Einzelverhandlungen mit vollkommener Freiheit vorgehen können, weil sie sich durch Rückstufen auf die Gesamtfrage gebunden fühlen würden. Einigungsverhandlungen können nur dann zweck haben, wenn sie durch die Centralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Vertragsverbund steht den Krankenkassen kampfbereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angehäuft; er hat örtliche Vertragsvereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Verträge schließen mit den Krankenkassen und den anderen Gewerkschaften, welche auf die Parteien angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Parteien überhaupt keine Verträge unterzeichnen. Den Krankenkassen ist es in Wahrung ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die zur Genüge bekannten Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfesstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankenkassen erwarten, daß entweder ihnen die ärztliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Aerzte, sichergestellt wird, oder daß sie in Streitsällen von der Gewährung der ärztlichen Behandlung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Geiste vorgeschenc Geldleistung zu erzielen.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden, Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen, Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Köln, Allgemeiner deutscher Schnapsverband, Berlin, Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover, Centrale für das deutsche Krankenfassenwesen, Berlin.

**Die deutsche Holzindustrie steht vor dem Ausbruch eines Riesenkampfes! Kollegen, bereitet Euch vor, den Kampf in Ehren zu bestehen!**

Die Schnapsproduktion ist ein sehr rentables Gewerbe und die geadelten und ungeadelten Herrschaften, die sich diesem Gewerbe widmen, erfreuen sich des ganz besonderen Wohlwollens der Regierung. Die Liebesgabe, die bisher in Gestalt der Spannung zwischen der Steuer für kontinguierten und unkontinguierten Brennweinen den Brennern gezahlt wurde, ist durch die Brannweinsteuerneobelle vom Jahre 1912 in Wegfall gekommen; aber nur Scheinbar. Durch geeignete Maßnahmen bei dem Komplizierteren System der Brannweinsteuerung ist dafür gesorgt worden, daß die jungerlichen Schnapsbrenner nicht zu kurz kommen. Außerdem hat auch die Regierung ihr Möglichstes zur Festigung des Einflusses der Spirituszentrale beigetragen. Wenn diese auch nicht formell im Besitz des Monopols für den Handel mit Spiritus ist, so beherrscht sie doch tatsächlich den Spiritusmarkt.

In welch rücksichtloser Weise die Spirituszentrale von ihren Machtmitteln Gebrauch macht, zeigen die Preiserhöhungen, die sie im letzten Jahre durchgehen konnte. Im September 1911 kostete der Heitlinger Spiritus in Berlin 55,50 Pf., im Januar 1912 wurde der Preis um 8 Pf. verhörfreit, im März wieder um 8 Pf. und im April dann nochmals um 6 Pf., so daß er nun auf 75,50 Pf. stand. Zum Teil wurde diese Preiserhöhung mit der schlechten Kartoffelernte begründet. Aber mit Rücksicht hierauf hatte schon der Bundesrat den landwirtschaftlichen Brennereien die Bearbeitung von Getreide ohne die sonst einkaufende Fertigung des Monopoliens gestattet, wodurch sie weisentliche Steuerbeträge sparen. Weitere Ersparnisse machten sie durch die Heraufsetzung der Eisenbahn tarife für Brenngetreide; dies und die große Steigerung der Verkaufspreise wirkt zusammen, so daß die Brenner durch die Kartoffelernte nicht nur keinen Schaden erlitten, sondern noch beträchtliche Profite einheimsten.

Das erfreuliche Ergebnis des Geschäftsjahrs der Spirituszentrale, der sich auf die Zeit von September 1911 bis September 1912 erstreckt, ist der Rückgang des Absatzes an Spiritus zu Trinkzwecken. Der Verbrauch ist gegenüber dem Vorjahr um 3 Millionen Liter zurückgegangen, er ist aber mit 193 Millionen Liter noch ganz erstaunend groß. Ein materieller Schaden ist den Schnapsbrennern aus dem Rückgang des Schnapskonsums kaum erwachsen, denn sie haben sich durch die exorbitanten Preiserhöhungen dafür schadlos gehalten. Dazu kommt, daß es der Spirituszentrale gelungen ist, eine Anzahl weiterer Spiritusfabriken zum Abschluß zu bringen. Die Zentrale führt sich in ihrer Monopolstellung so führt, daß sie nun damit beginnt, auch das Teppichgewerbe ihrem Einfluß zu unterwerfen.

Beiindeit sich so das Schnapskapital anscheinend in einer ungünstigeren Position, so muß doch der Kampf gegen den Schnaps mit unverminderter Schärfe weitergeführt werden. Der Schnapskampf ist zwar mit dem Zweck inszeniert worden, um den Schnapsunternehmen Profit abzuziehen, den sie aus der Vergiftung des Volkes mit Alkohol beziehen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Enthaltungskraft vom Schnaps den Arbeitern selbst zum Vorteil gerichtet. Diese Enthaltungskraft erhält unsren Körper gesund, unsren Geist klar. Sie weckt das Verständnis und das Verlangen nach höheren Geistern. Der energisch durchgeführte Schnapskampf ist ein wertvoller Bundesgenosse im Kampfe um unsere Menschenrechte, er leistet uns in unserem Streben nach Erringung besserer Lohns- und Arbeitsbedingungen die wertvollsten Dienste. Deshalb bereitet uns die Herstellung jedes neuen Rückgangs im Schnapsverbrauch eine besondere Genugtuung, denn es ist ein neues Argument im Kampfe gegen den Schnapsgenossen.

Die leeren Schnapsflaschen sollen nun auch den brauen Handwerkern gefüllt werden, wenn sie sich besonderer

Verdienste rühmen können. Der Regierungspräsident von Wiesbaden hat zu diesem Zweck ein Ehrenzeichen Bronze gestiftet, das zwar nicht als Ordenszeichen wertet, jedoch bei privaten Veranstaltungen getragen werden darf. Wenn nun diese Piepmäuse mit dem bunten Bandchen wirklich "lebendig" auf das Handwerk wirken, wie es die Väter des Gedankens erhoffen, man eine Erhöhung ihres Langes innerhalb des Ordensfests anstreben. Man darf neugierig sein, welcher "besondere Verdienste" nun damit gewürdigt werden soll: Gelbsucht, Streitbruch oder jahrelanges Kriegen bei billigen Lohn. Aufrechter Charakter oder solidarische Eintracht für seine Mitarbeiter wird jedenfalls nicht ausgezeichnet werden. Die Träger solcher Eigenschaften achten auf solchen Schnitt. Es wäre aber durchaus übler Gedanke, wenn man damit die bekannten schulstolzen Staatsstützen kenntlich mache, zur Warnung harmlose Bürger.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Votabbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag diesen Zahlstellen ab 18. Januar beträgt: in Groß-Gitterfeld 125 Pf., Hildesheim 75 Pf., 1. Februar in Gumbinnen 70 Pf., Boizenburg 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung nummer ist der 4. Wocheneinbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Aus dem Verbande ausgeschlossen wurden wegen Streitbruchs auf Antrag der Zahlstellen Brändl der Stuhlbauer Ernst Preusche und der Polizei-Öffizial Seibler; von Düsseldorf der Modellstitch Philipp Schäfer; von Höhr die Drechsler August Lehmann und Karl Schäfer; von Ronig der Tischler Gottlob Rülsdorf; von Landshut die Tischler Johann Kosel und Johann Langwieser; von Niederschlesien der Tischler Anton Pelitovský; von Stettin die Tischler Gustav Heher, Ernst Roht und der Polierer Walter Händel wegen Veruntreuung auf Antrag der Zahlstellen Stuttgart der Tischler Gustav Schägert; wegen Betrug auf Antrag der Zahlstelle Berlin die Maschinenarbeiter Alfred Bindler; von Mölln der Polierer Joseph Gupen;

wegen Denunziation auf Antrag der Zahlstellen Pforzheim der Eisarbeiter Andreas Trion;

wegen Umgehung des Arbeitsmarktes auf Antrag der Zahlstelle Berlin die Maschinenarbeiter Ernst Weher und Richard Madach, der Bergmaler Wilhelm Hartmann und der Eisacher Arno Haustein;

wegen Ueberzeitaarbeit auf Antrag der Zahlstelle Limbach der Stellmacher Friedr. Otto Bieler;

wegen unkollegialen Verhaltens auf Antrag der Zahlstelle Böckum der Maschinenarbeiter Clemens Gerschen;

wegen Betrug auf Antrag der Zahlstelle Greifswald der Tischler Hermann Bornow.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

3608 (Hugendl.) F. Breitkopf, Masch-Arb., geb. 20. 2. zu Gohfeld.

258491 Hugo Meißner, St.-A., geb. 30. 5. 82 zu Rastenburg

267094 Emil Wendt, Tischler, geb. 20. 5. 83 zu Halle.

269079 W. Pohlmann, Tischler, geb. 14. 4. 82 zu Stendal.

297873 Ernestine Bierlein, Arb., geb. 8. 9. 86 zu Nürnberg.

311405 Bruno Hecht, Stellmacher, geb. 6. 6. 62 zu Gelsenkirchen.

323604 B. A. Eckert, Polierer, geb. 20. 5. 91 zu Höhscheid.

428290 O. Drabek, Zufammen, geb. 19. 12. 91 zu Leipzig.

470324 Georg Simon, Tischler, geb. 5. 8. 87 zu Göttingen.

562657 Emil Schmidt, Tischl., geb. 27. 6. 62 zu Frankfurt a. M.

570148 Valentin Schwarz, Tischl., geb. 20. 9. 92 zu Offenbach.

570189 Georg Neuland, Rahmenm., geb. 7. 12. 89 zu Düsseldorf.

579289 Hugo Nothe, Tischler, geb. 26. 8. 82 zu Norden.

616433 W. C. Koch, Holzarb., geb. 5. 6. 63 zu Rabenholz.

625487 Franz Dahlke, Knopfarb., geb. 14. 2. 84 zu Neu-Berlin.

651885 Franz Stach, Tischler, geb. 5. 10. 92 zu Ronny.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

### Der Verbandsvorstand

#### Korrespondenzen.

Berlin. (Horbmacher.) Eine am 15. Januar stattgefundenen Branchenversammlung beschäftigte sich mit dem Ergebnis der Konferenz. An den Bericht, welcher Stolze Brückner gab, knüpften sich eine kurze Debatte, welcher sich die Kollegen im großen und ganzen mit den Arbeiten der Konferenz einverstanden erklärt. Nur es zu wünschen, daß nicht nur Resolutions gefaßt werden, sondern daß auch Instanzen, über welche die Beschwerden bisher geführt wurden, sich nun endlich auch einmal etwas nach diesen Beschlüssen richten. Erst dann kann die Konferenz einen dauernden Vorteil für die Kollegen haben. Das Interesse der Berliner Kollegen an der Konferenz war an dem ausgedehnten guten Besuch der Versammlung ersichtlich. Wenn das Interesse in unseren Kollegenkreisen nun nicht wieder abflaut, dann wird es für Berlin die Zeit kommen, wo wir mit den noch bestehenden Missständen aufräumen können.

Bremen. (Modellstitch.) Die Allordnung findet hier in unserer Branche mehr und mehr Eingang. Während aber in Bau- und Möbelstichereien die Allordnung autor vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam durchgeführt werden, erhält der Modellstitch vom Rollationsbüro oder von seinem Meister den Preis für die anzuertigende Modell diffiniert. Aus dieser Praxis ergibt sich andauernd Unstimmigkeiten. Den Preis eines Modells nach der Zeichnung festzusetzen, ist eine Aufgabe, der beste Fachmann nicht gewachsen ist. Es wird zu leicht immer ein Erraten des Lohnes sein. Vor einigen Jahren waren viele unserer Kollegen noch Feuer-

anne für die Alfordarbeit. Nach einem abgeschlossenen Vertrag sei das Arbeitsverhältnis viel freier, hieß es. Kollegen sind durch die Schule der Erfahrung doch nicht geworden. In Berufen, in denen sich die vereinbarten Alfordpreise genau überwachen lassen, mag die Arbeit nicht als Nebel empfunden werden, für uns sie nur schädigend wirken, weil sich keine festen Säbe zu lassen. Da ein Holzmodell nur etwas Provisorisches sein will, wird bei der Kontrolle nach dem Modell eine Abstimmung das Hauptgewicht auf die Wache gelegt. Einigung und Qualität des Modells kommen erst an zweiter Stelle in Frage. Letzteres lässt denn auch in vielen Fällen viel zu wünschen übrig. Ein Modelltschler, der es der Qualität seiner Arbeit nicht so angestellt nimmt, aber mit Bezeichnungen gut vertraut ist und Routine einem Fach hat, wird in der Lage sein, mit einem geringen Preis zurecht zu kommen, für den es einem gehaften Kollegen trotz angewandten Fleisches nicht gelingt. Für die stets wechselnden Arbeiten der Modelltscher ist der Alford kein geeignetes Lohnsystem. Wo Arbeitsweise aber bestehet, sollten die Kollegen zum besten streng darauf achten, daß der Beruf dadurch nicht mehr geschädigt wird. Deshalb ist das Verlangen nach Anwendung des vereinbarten Zeitlohnes überall aufzustellen.

Bremenhaven-Wulsdorf. (Korbmacher.) Durch Aussperrung der Fischdampfermaschinen in Geeste und Bremervorstadt sind die Kollegen sehr in Mitleidenschaft gezogen, weil der größte Teil des Fischerei- fachs still liegt und deshalb wenig Fischfärbe verlangt. Mehrere Kollegen sind entlassen worden, andere in einige Wochen aussehen und in zwei Werkstätten die Kollegen bis auf weiteres nicht mehr wie 20 Ml. Woche verdienen. Hätten die Kollegen dieses Anerkennung nicht angenommen, wären ihrer noch mehr entlassen worden. Die reisenden Kollegen mögen deshalb die entworfene vorläufige meiden. Besonders sei auf den Tag der letzten Branchenkongress hingewiesen, wonach Körbner verpflichtet ist, vor Arbeitsannahme in Ort bei der betreffenden Bahnhofsstelleleitung Einführung einzuhören. Wer diesen Beschluß mißachtet, hat selbst Konsequenzen zu tragen.

Düsseldorf. (Modell- und Fabriktschler.) Die am 4. Januar stattgefundene Generalversammlung der Sektion beschäftigte sich hauptsächlich mit der Agitation und der Bewegung des verflossenen Jahres. Der organisatorische Fortschritt war zwar befriedigend, er muß aber im Jahre noch bedeutend besser werden, da noch sehr unorganisierte Kollegen vorhanden sind. Eine gute Konjunktur ist für Düsseldorf jetzt nicht zu vernehmen, und ersuchen wir die Kollegen, sich nicht schriftlich an die Firmen zu wenden. Vor Arbeitsannahme noch eine Erklärung durch unser Büro: Wallstr. 10, eingezuziehen.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis). Besuch vom Sonnabend, den 11. Januar 1913 bis Samstag, den 17. Januar 1913.

Branchen	In d. Woche beflockte Arbeitsstellen	Am Wochenende vorhandene offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslosen
Modelltschler insl. Anschläger	89	—	452
Anhängerarbeiter	59	—	269
Reparatur insl. Reizer	4	—	84
Wasser	3	—	18
Andere Branchen	1	—	7
Zusammen	188	—	56

Hamburg. (Korbmacher.) In der Mitgliederversammlung vom 12. Januar erstattete Kollege Horn den Jahresbericht. Er führt u. a. aus, daß die Konjunktur letzten Jahre gut gegenüber den letzten beiden Jahren, Arbeitslosigkeit bedeutend geringer war, Juli und August wiederum die schlechtesten Monate. Recht erfreuliche Schritte sind bei den Gestelltschatern gemacht, welche fast alle organisiert sind. Nur bei den Demijohndrehern zeigt sich das alte Bild, doch auch diese haben über 1½ Pf. pro Flasche Zulage herausgeholt. Unserer Statistik ergab, daß ein Mehrverdienst von 1,28 Ml. verzeichnet war gegenüber dem Vorjahr, doch bleibt der Dienst auf leichte Gründerbeit noch um 6 Ml. unter Durchschnittsverdienst zurück. Ermittelten wurden 284 Kollegen. Hier von waren 193 gewerkschaftlich organisiert, ebenso uns noch fern, davon ist das Gros bei den Dehnarbeitern zu finden. Beim Arbeitsnachweis meldeten 45 Kollegen, vermittelt wurden 124; andere Beschäftigungnahmen h. zugereist sind 17; und abgereist 16 Kollegen. — Die Sektionsleitung macht die Kollegen allerorts ersaum, daß der Arbeitsnachweis nach wie vor bei Stadt, Einschütteltei Str. 12, ist. Umschauen ist streng gestellt. Vorheriges Anfragen beim Nachweis liegt im Besitz der Kollegen.

Köln (Vergolder). Durch die Zahlungsschwierigkeiten der Goldleistenfabrik Böhmer u. Co., welche die Zahlung sämtlicher Kollegen zur Folge hatte, ist in Köln derzeit keine Vergolder zur Zeit keine Aussicht auf Arbeitslosigkeit vorhanden. Gegenwärtig befinden sich 12 arbeitslose Kollegen am Ort.

Leipzig. Die Sektionsleiter hielten am 17. Januar außerordentlich stark besuchte Jahresversammlung ab. Winkler erstattete den Tätigkeitsbericht der Sektion. Die Branche befand sich auch in diesem Jahre zwischen wirtschaftlicher Hochkonjunktur. Die Betriebe waren mit wenigen Ausnahmen im Kleinbetrieb, durchgut beschäftigt. Besuch und Interesse an den Versammlungen der Sektion waren mit wenig Ausnahmen gut. Vor allem galt es im Berichtsjahr, den Bezugungen beider Verträge Geltung zu verschaffen. Insbesondere in den Karosseriebetrieben entstandene Differenzen und Verhandlungen erledigt wurden, mußte in einzelnen Betrieben fortgesetzt über Richtlinienhaltung der Vertragsbestimmungen Klage geführt werden. In einigen Betrieben war es aber nicht möglich, den Vertrag in bezug

auf Arbeitszeit und Löhne durchzusehen. Von wesentlicher Bedeutung für die Branche am Orte war die Regelung der Kreisvermittlung. Mit der Durchführung der dort am 15. Juni geschlossenen Beschlüsse können wir im allgemeinen zufrieden sein; nur in drei Fällen mussten wir Kollegen wegen Umgehung des Arbeitsnachweises zur Verantwortung ziehen. Die Agitation unter den Berufskollegen konnte, da wir in den Karosseriesfabriken und der Straßenbahn über eine gute Organisation verfügen, mit um so größerem Erfolg in den Kleinbetrieben betrieben werden. 79 Kollegen sind im Berichtsjahr der Organisation neu zugeschlagen worden; leider wird diese mühselige Arbeit durch die starde Fluktuation in den Kleinbetrieben immer wieder durchkreuzt. Eine völlige Umgestaltung hat unser Fachzeichen für kurzes erfahren; derselbe findet in diesem Jahre zum ersten Male in der städtischen Gewerbeschule statt. Eine im September aufgenommene Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergab für 156 Kollegen einen durchschnittlichen Stundenlohn von 57,1 Pf. oder 21,88 Ml. pro Woche. Der Durchschnittslohn betrug in vier Karosseriesfabriken mit 66 Beschäftigten 55 Pf. pro Stunde oder 22,90 Ml. pro Woche, in rund 80 Kleinbetrieben mit 52 Beschäftigten 53,4 Pf. pro Stunde oder 28,95 Ml. pro Woche, bei der Straßenbahn mit 84 Beschäftigten 63,5 Pf. pro Stunde oder 35,68 Ml. pro Woche. In der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Rud. Gad mit 14 Beschäftigten 58 Pf. pro Stunde oder 37,05 Ml. pro Woche. Bei der Straßenbahn und der Firma Gad ist dieser Verdienst mit Hilfe der Alfordarbeit erreicht worden. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 54,8 Stunden pro Woche, und zwar arbeiten 94 Kollegen 54 Stunden, 87 Kollegen 56 Stunden und 25 Kollegen bis 57 Stunden pro Woche. Der Organisation gehörten am Jahresende rund 150 Kollegen an, während wie noch 89 Indifferente am Orte hätten können; diese zu gewinnen, wollen wir auch im neuen Jahre die Hoffnung nicht aufgeben.

Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge! In krisischen Zeiten, wie die gegenwärtige ist, ist pünktliche Beitragszahlung doppelt notwendig.

Leipzig. (Vergolder.) Der in der Versammlung vom 13. Januar erstattete Jahresbericht ergab die erfreuliche Tatsache, daß es am Orte nur noch zwei unorganisierte Brandenkollegen gibt. Der Geschäftsgang war bei den Rahmenvergoldern ein guter, bei den Leistenvergoldern dagegen ein sehr schlechter zu nennen. Die Rahmenköpfer hatten außer wenigen Kollegen immer ausreichend Beschäftigung. Am schlechtesten sieht es in der Kunststiftung B. Groß aus. Dort arbeiten alle Kollegen seit ungefähr ½ Jahren nur noch 6½ Stunden pro Tag.

Magdeburg. (Modell- und Fabriktschler.) Am 15. Januar fand eine Sektionsversammlung, welche leiderlich besucht war. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den Neuwahlen. Die Neubesetzung der Sektionsleitung machte etwas Schwierigkeiten, weil sich leider so viele Kollegen von den Organisationsarbeiten drücken möchten. Die Wahl der Zentralkommission rief eine lebhafte Diskussion hervor. Der bisherige Vorsitzende Kollege Bröckle, betonte, unter den obwaltenden Verhältnissen sei es mehr als fraglich, ob die Zentralkommission das sei, was man sich bei der Gründung derselben im Jahre 1906 versprochen hätte. Wenn diese dazu berufen sein soll, die Lage der Berufskollegen zu heben und zu bessern, so müsse man auch ihren Anregungen mehr Beachtung schenken. Ueberaus traurige Verhältnisse seien in unserem Beruf noch vorhanden und zu beiseitigen. In nächster Nähe Magdeburgs wage man es noch. Modelltschler mit 35 und 36 Pf. pro Stunde zu entlohen. Die Unternehmer der sogenannten Modellfabriken trügen dazu bei, daß Ribeau unseres Berufes herabzudrücken. Mit den verwerflichsten Mitteln trachten sie danach, Aufträge an neuen Modellen von den Fabrikanten zu erhalten. Die Bestrebungen unsererseits, eine Bezirkstonerenz in die Wege zu leiten, um auch hiermit zu einer allgemeinen zweiten Reichskonferenz die Unterlagen zu schaffen, sind uns von allen Seiten erichwert worden. Diesbezügliche Anträge sind von den hiesigen Lokalverwaltung wie vom Verbundvorstand für unannehbar erklärt worden. Es wäre nun Sache der Sektion, die Zentralkommission in ihrer Arbeit besser zu unterstützen. Nachdem die übrigen Mitglieder der Zentralkommission die Ausführungen des Kollegen Bröckle unterstützt hatten, wurden in die Zentralkommission gewählt die Kollegen L. Bröckle (Vorsitzender), G. Jaenike (Schriftführer), F. Specht, A. Saeppe und M. Wäsche (Beisitzer).

Marktredwitz. Es ist geradezu beschämend, wie gleichgültig manche Kollegen der Organisation gegenüberstehen. Dagegen wird eine rege Tätigkeit in den verschiedensten Vereinen entfaltet, gerade als ob ihre ganze Zukunft von denselben abhängt. Mit all diesem Altbild vergessen sie, daß allein die Gewerkschaft in stande ist, ihnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern. So mußte jetzt unter für den 12. Januar anberaumte Generalversammlung wegen ungenügenden Besuches auf den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, verschoben werden. Als Tagungsort ist die "Neue Restauration" bestimmt.

München. (Bürosteuermacher.) Die am 11. Januar abgehaltene Generalversammlung der hiesigen Sektion beschäftigte sich hauptsächlich mit der von verschiedenen Orten angelegten Branchenkongress. Die Versammlung war der Meinung, daß die Einberufung einer Konferenz nur von Nutzen sein kann, haben sich doch die Verhältnisse in unserer Industrie seit der letzten Konferenz derartig geändert, daß eine gemeinsame Ausprache dringend notwendig erscheint. Man betrachte nur, wie sich die Maschine auch in den kleinen Betrieben immer mehr einbürgert, wodurch der gelehrte Büromacher gezwungen wird, sich direkt zum Spezialarbeiter irgend einer Sparte herauszubilden. Ebenso hat sich durch die Verbesserung und Neuerfindung von Maschinen für die Buchdruckerei, Einzelherstellung und anderen Zwecken, wodurch die Arbeiter und Arbeiterinnen derselben fast vollständig überflüssig werden, eine derartige Umwälzung vollzogen, welche, wie es den Anschein hat, vor der Kollegenschaft als auch von der Zentralkommission viel

zu wenig Interesse geschenkt wird. Im bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrscht in unserer Branche zwischen den verschiedenen Orten ein krasser Unterschied. Auch muß in der Agitation von Seiten der Berufskollegen viel mehr als bisher getan werden, denn leider ist die Organisationszugehörigkeit der in unserem Beruf beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen noch sehr minimal. Von annähernd 17 500 beschäftigten Personen sind höchstens 5000 Personen organisiert. Es muß unsere Hauptaufgabe sein, die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen, namentlich im Schwarzwald, Erzgebirge, in Striegau, Erlangen usw., für unsere Organisation zu gewinnen, da gerade die niedrigen Löhne in jenen Gegenden für die bereits unter besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen stehende Kollegenschaft ein starker Hemmschuh bei Lohnbewegungen sind. Für die Konferenz möchten wir anregen, daß dieselbe an einem Orte mit starker Bürgenindustrie, wie z. B. Schönheide, stattfinde, da dies in agitatorischer Beziehung nur von Vorteil wäre. Beziiglich der Zentralkommission möchten wir an die Münzberger Kollegen rufen, noch die Forderung stellen, bei Neuwahl der Kommissionsmitglieder nach Möglichkeit auch einen oder zwei Bürgenmacher in die Zentralkommission zu wählen, da, wie uns bekannt ist, dieselbe in den letzten Jahren fast ausschließlich aus Bürgenmachern zusammengesetzt war und diese in den verschiedenen Fragen der Bürgenindustrie nicht so orientiert sind, als es von Bürgenmännern der Zentralkommission verlangt wird, und glauben wir, daß auch die anderen Sektionen die Erfüllung dieser Forderung nur begrüßen.

Naumburg. Die hiesige Hamm- und Saar- schmiedbranche befindet sich jetzt mittler in der Hochconjunktur. Im Sommer waren die Kollegen froh, 10 und 12 Ml. die Woche zu verdienen. Trotzdem gibt es jetzt noch Arbeitgeber, die bei einem jeglichen Wochenverdienst von 22 bis 28 Ml. noch versuchen, die Alfordpreise um 40 bis 50 Proz. zu surgen. Durch die Uneinigkeit der Kollegen wäre es dem so sehr humanen Arbeitgeber, wie er sich selber zu nennen pflegt, Kurt Müller gelungen, einige Kollegen von den Biern zu überrumpeln. Durch mehrmalige Verhandlungen war es erst möglich, den Arbeitgeber zu bewegen, den Kollegen eine schlägige Frist zur Erlernung einer neuen Arbeitsmethode zu den bisher gezahlten Alfordpreisen zu gewähren, wodurch dieser sich zu dieser Preisereduktion berechtigt fühlte. Gleichzeitig fängt er aber auch an, bei den Schleifern die Preise zu drücken und treibt es auch hier direkt zu Differenzen. Dadurch, daß zwei Organisationen in der Naumburger Hamm-Industrie in Frage kommen, sind Unruhen unter den Kollegen an den Tagesordnung, welche immer wieder vom Arbeitgeber ausgenutzt werden. Den leitenden Personen im Fabrikarbeiterverband müssen wir ganz entschieden sagen, daß sie auf Grund der Schlüsse der Hamm- und Saarhammbraanche nichts zu suchen haben. Der Holzarbeiterverband ist und bleibt für diese Industriegruppe die zuständige Organisation. Die Kollegen am Orte aber mögen es sich überlegen, ob sie die läbenvolige Behandlung sowie das fortwährende Drücken der Löhne noch weiter ertragen oder an eine ernsthafte Hilfe der so sehr traurigen Verhältnisse denken wollen. Was auf Grund der straffen Organisation im Holzarbeiterverband in Dresden, Darmstadt, Berlin und Nürnberg möglich gewesen ist, muß auch hier möglich werden. Die bedürftige Branchenkongress ist wohl ganz in Vergessenheit geraten, im Interesse dieser Industrie fordern wir alle Kollegen auf, ganz energisch die Abschaltung dieser Konferenz zu ermöglichen.

Reichenbach (Oberschlesien). Unsere am 11. Januar abgehaltene Generalversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Der Jahresbericht der Verwaltung ließ eine Steigerung der Mitgliederzahl von 61 auf 71 im Jahre 1912 erkennen. Eine lange Debatte fand über unseren Arbeitsnachweis statt. Es wurde schriftlich festgestellt, daß die zureisenden wie die hiesigen Kollegen zum Arbeitssuchen in die Werkstätten laufen. Hierdurch haben es die Meister auch nicht mehr nötig, vom Nachweis Gebrauch zu machen und haben es leicht, ihnen mißliebige Kollegen aufs Straßenpflaster zu werfen. Ein solcher Fall trug sich vor kurzem in einer größeren Werkstatt zu. Ganz geringfügige Versehen mußten herhalten, einen Kollegen, welcher drei Jahre im Betrieb ist, hinauszutreiben. Um dem Nebelstande schrift entgegenzutreten, wurde beschlossen, gegen Kollegen, welche den Arbeitsnachweis umgehen, nötigenfalls das Auschlußverfahren zu eröffnen.

Stendal. (Vergolder.) In der letzten Versammlung war der Besuch der geliehrten Kollegen ein fast vollständiger, doch fehlten die Berufskolleginnen und die übrigen Kollegen fast gänzlich. Das ist kein günstiges Zeichen der Anerkennung für die durch den Verband schon für sie erreichten merklichen Verbesserungen. In einer Aussprache der Kollegen der einzelnen Spezialbranchen wurde auf das widersprüchliche Verhalten des Werkmeisters im hiesigen Betrieb hingewiesen. So wird den Kollegen beim Vornehmen der Arbeit häufig gesagt, daß es an Beschäftigung infolge mangelnder Aufträge fehle; einige Tage darauf wird dann aber dieselbe Arbeit als eilig bezeichnet. Für die Zeit nach Weihnachten war besonders schlechte Geschäftslösungskonjunktur angekündigt, die in Folge zu hoher Preisforderung für neue Maschinen besonders rückbar sein würde. Dabei haben die betreffenden Kollegen ihre Forderungen bis aufs äußerste eingeschränkt. Ein Übergehen von den Alfordpreisen ist nicht denkbar; im Gegenteil müssen wir bei Abschluß des nächsten Tarifs für ältere Profile, deren Preise schon seit 25 Jahren und länger nicht geändert sind, einen möglichen Preisauflösungsvertrag erzielen. Mehrere Kollegen, die in letzter Zeit häufig mit der Fertigung derartiger Sorten beauftragt wurden, war es bei angestrengter Tätigkeit nicht möglich, ihren Lohn auf eine den Anforderungen des Lebens entsprechende Höhe zu bringen.

Begegsa. Der Bremer Vulkan hat seinen hiesigen Schiffsbaubetrieb mit den modernsten Vorrichtungen und Maschinen für die Zuliefererei, Einzelherstellung und andere Zwecke, wodurch die Arbeiter und Arbeiterinnen derselben fast vollständig überflüssig werden, eine derartige Umwälzung vollzogen, welche, wie es den Anschein hat, vor der Kollegenschaft als auch von der Zentralkommission viel

gesundheitlichen Anforderungen nur in sehr geringem Maße. Die Schiffsszimmer und Schiffsbauer, deren Arbeit zu der schwierigen und zum Teil widerwärtigen gehört, haben nicht einmal einen geschulten Aufenthaltsraum für die Arbeitspausen. Die vorhandene Werkstattlinie ist so abgelegen, daß zu ihrer Erreichung je 10 Minuten hin und zurück erforderlich sind. Für die Maler sind Waschvorrichtungen gesetzlich vorgeschrieben und auch vorhanden, für die Schiffsbauer und Zimmerer, die ebenfalls mit Farbe gestrichene Teile anfassen müssen, gibt es aber bei 300 Personen nur eine einzige Waschgelegenheit und diese noch ohne Handtuch und Seife. Erst kürzlich haben sämtliche Schiffsbauer und Schiffszimmerer durch einen Tag Arbeitsruhe demonstriert, um bessere Unterkunft, Kleiderschränke und genügende Waschvorrichtungen zu erlangen. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit der Direktion und dem Betriebsingenieur gab es schließlich einen ganz ungeeigneten Raum in der Nähe des Glühofens und erst später einen neuen Schuppen mit einigen Kleiderhaken. Erst auf weiteres Drängen wurde eine allerdings ungenügende Anzahl eiserner Schränke, die je 10 Arbeiter gemeinsam benutzen müssen, aufgestellt. Die Löhne der Schiffszimmerer differieren einschließlich der Hilfsarbeiter in 21 Klassen von 30 bis 57 Pf. und stehen im Vergleich zu anderen gleichartigen Betrieben weit zurück. Für die Altkordpreise ist in gleicher Weise eine Erhöhung notwendig. Ein derartiger Großbetrieb sollte auch in seinen Arbeitsverhältnissen musterhaft sein und könnte sich die Leitung ein Verdienst erwerben, wenn sie ernstlich daran gehen würde, all die vielen und berechtigten Beschwerden abzustellen. Die Arbeiter können durch treues Zusammenhalten in der Organisation das ihre dazu tun.

#### Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 15. Februar d. J. nachfolgende Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen ein:

(In einigen Fällen gilt nicht der 15. Februar, sondern das besonders vermerkte Datum für das Inkrafttreten der Verbesserungen.)

**Erklärun gen zu den Abf ürzungen:** Fa. = Firma. Arbt. = wöchentliche Arbeitszeit. Lohnr. = Ausschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne. Mindestl. = Mindeststundenlöhne. Durchschnittsl. = Durchschnittsstundenlöhne. Normall. = Normalstundenlöhne. Altkord. = Altkordtarife.

Bielefeld (Fa. Dohleide-Brauerei): 1. Februar. Lohnr. 1 Pf.

Breslau: Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 46 auf 47 Pf. Altkord. 5 Proz.

Chemnitz: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 49 auf 50 Pf. für Bauarbeiter von 54 auf 55 Pf. Altkord. hingemäß erhöht.

Danzig: Arbt. am 1. Februar von 56 auf 55 Std.

Dortmund: Arbt. am 1. Februar von 56 auf 55 Std. Lohnr. 2 Pf. Lohn von 52 auf 54 Pf.

Fa. Billdorf: Arbt. am 1. Februar von 56 auf 55 Std.

Dresden: Arbt. am 1. Februar von 56 auf 55 Std. Lohnr. 2 Pf. Altkord. 5 Proz.

Darmstadt: Arbt. am 1. von 54 auf 53 Std. mit Lohnausgleich.

Eisenach: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 49 auf 50 Pf. für Gesellen im 2. Gesellenjahr von 43 auf 44 Pf. Altkord. hingemäß erhöht.

Fa. Grünbaum u. Kleemann: Arbt. von 57 auf 56 Std. Lohnr. 1 Pf.

Elbing: Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 38 auf 40 Pf. Altkord. 5 Proz.

Fechenheim: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. 1 Pf. erhöht. Altkord. entsprechend.

Finnwalde (Fa. Schütze): Arbt. von 56 auf 55 Std. Mindestl. der Maschinenarbeiter von 36 auf 37 Pf. Lohnr. für Reichenau- und Holzarbeiter 1 Pf.

Freiburg a. M. (Fischler u. Glaser): Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 59 auf 61 Pf. für Arbeiter von 20 bis 24 Jahre von 56 auf 58 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahre von 42 auf 44 Pf. Mindestl. der Bauarbeiter 5 Pf. höher. Altkord. 3 Proz.

(Griesheim): Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 55 auf 57 Pf. für Arbeiter von 20 bis 24 Jahre von 52 auf 54 Pf. für Arbeiter unter 20 Jahre von 42 auf 44 Pf. Mindestl. der Bauarbeiter 5 Pf. höher. Altkord. 3 Proz.

Friedberg: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 44 auf 45 Pf.

Heidelberg: Lohnr. 2 Pf. Durchschnittsl. von 51 auf 53 Pf. Mindestl. von 47 auf 49 Pf.

Heidenheim (Fa. Ziegler): Lohnr. 2 Pf.

Helmstedt (Fa. Saalfeld): Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 46 auf 47 Pf.

Heus: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 42 auf 43 Pf. für Gesellen bei Beginn des 3. Gesellenjahres von 39 auf 40 Pf. Altkord. hingemäß erhöht.

Karlsruhe: Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 48 auf 50 Pf. Altkord. 5 Proz.

Kirchheim u. L. (Fa. Epple u. Epple): Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 40 auf 41 Pf. Altkord. 3 Proz.

Kreuzen: Arbt. von 58 auf 57 Std. Lohnr. 2 Pf. Durchschnittsl. von 37 auf 39 Pf. Altkord. entsprechend.

Magdeburg (Fa. Weddel): Arbt. von 53 auf 52 Std. Lohnr. 3 Pf. Mindestl. von 55 auf 58 Pf.

Neumünster-Lubwigshafen: Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 52 auf 54 Pf. für Gesellen unter 20 Jahre von 47 auf 49 Pf. Altkord. hingemäß erhöht.

Nürnberg (Fa. Fabels): Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 56 auf 58 Pf. Altkord. 2 1/2 Proz.

Neumünster: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 53 auf 51 Pf. Altkord. entsprechend.

Nürnberg: Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 51 auf 53 Pf. Durchschnittsl. von 39 auf 37 Pf.

Perchtoldsdorf: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 47 auf 45 Pf.

Perchtoldsdorf: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 47 auf 45 Pf.

Posen (Fa. Welau): Arbt. von 58 auf 56 Std. Lohnr. 3 Pf.

Sagbauer: Durchschnittsl. von 41 auf 42 Pf.

Stadthagen (Fa. Krug): Mindestl. am 20. Februar von 39 auf 40 Pf. Altkord. 2 1/2 Proz.

Stralsund: Lohnr. 1 Pf. Normall. von 44 auf 45 Pf.

Stuttgart (Möbelsticker): Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 40 auf 50 Pf. Altkord. 2 Proz.

Thalheim i. Erzgeb. (Fa. Hanisch, Möbelfabrik): Arbt. von 57 auf 56 Std. Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 43 auf 44 Pf. für Gesellen unter 20 Jahre von 39 auf 40 Pf.

Wiesbaden: Lohnr. 2 Pf. Durchschnittsl. von 55 auf 57 Pf.

Würzburg: Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 43 auf 45 Pf. Altkord. 4 Proz.

In Eisenstadt, zur Bahnhofstelle Schönheide im Erzgebirge gehörig, sind am 4. Januar 15 Kollegen des Damppflegewerks Obersdorf entlassen worden, weil sie sich geweigert hatten, eine neue Arbeitsordnung unbedeckt anzuerkennen. Auf unser Vorstelligwerden versprach der Betriebsinhaber, die bestandenen Bestimmungen zu ändern. Die Entlassenen sind jedoch zunächst nur zum Teil wieder eingestellt worden.

In Eppendorf in Sachsen sind die Arbeiter der Holzwärmefabrik W. Leonhardi am 20. Januar ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, den geforderten Austritt aus dem Verband zu erklären. Differenzen hat es in diesem Betrieb schon länger gegeben und erst vor kurzem suchte der Inhaber sich für die öffentliche Kritik seiner ungünstigen Arbeitsverhältnisse durch die Mahregelung von 5 Kollegen zu rächen. Auch dieser Herr wird sich noch an die Wirksamkeit der Arbeiterorganisation gewöhnen und seiner veralteten Standpunkte aufgeben müssen.

In Köln-Mall hat jetzt die Differenz mit der Firma Schwamborn eine Lösung erfahren, welche die Ohnmacht des Arbeitgeber-Schuhverbandes seinen Mitgliedern gegenüber deutlich erkennen läßt und damit aber gleichzeitig seine Vertragstüchtigkeit arg in Frage stellt. Die Schlichtungskommission, die endlich zu einer Entscheidung in dieser Sache kam, hatte auf Vorschlag des Schuhverbandsvorsitzenden Bahn selbst entschieden, daß Herr Schwamborn verpflichtet sei, sämtliche Streitenden und Entlassenen wieder einzustellen. Da dieser aber mittlerweile 9 Streitbrecher in seinem Betrieb gezogen hatte, lehnte er es ab, sich dem Schiedsspruch zu fügen und pfiff lieber auf den Willen seiner eigenen Organisation. Letztlich hat er auch von den Streitenden nur wenige wieder eingestellt, so daß die Sperrre vorläufig über den Betrieb besteht bleibt. Mit dieser Disziplinlosigkeit eines Schuhverbandsmitgliedes ist aber nun doch die friedliche Erledigung der Streitfälle für die Zukunft über den Haufen geworfen.

In Königsberg i. Pr. hat jetzt ein sonderbarer Arbeitskonflikt seinen Abschluß gefunden. In der Kaufmännischen Hölle u. Birrat waren gegen Ende des alten Jahres schon seit Wochen Lohnstreik rückständig und die Lohnbücher in Unordnung; einzelne Altkordpreise waren zu niedrig eingetragen und Lohnstunden ganz vergessen worden. Die Unternehmer mögeln wohl glauben, daß die Gesellen in Anbetracht der ungünstigen Jahreszeit darüber hinwegsehen würden. Da sie aber immer wieder die Regelung dieser Angelegenheit forderten, wurden sie am Morgen des 23. Dezember Knall und Ball ausgesperrt. Die angerufene Schlichtungskommission konnte anfangs auch nichts ausspielen. Erst am 6. Januar kam eine Einigung auf der Grundlage zuvor, daß der Arbeitgeber-Schuhverband die Garantie der falligen Löhne übernahm und eine partiatische Prüfungskommission die Lohnbücher in Ordnung bringt. Die Wiederaufnahme der Arbeit konnte darauf am 7. Januar erfolgen.

In Memel hat die Ausperrung auf den Schneidendeimblatt bis jetzt eine Veränderung nicht aufzuweisen. Die beteiligten 12 Betriebe stehen leer. An Stelle der bisherigen 1345 Arbeiter und Arbeiterinnen haben sie jetzt nur 25. Dabei befinden sich auch 10 Arbeitertinnen, die erst während des Kampfes die Arbeit aufnahmen. Auf die Aufrechterhaltung der Betriebe hat diese Hilfe allerdings keinen Einfluß. Unser Verband ist an dieser Ausperrung mit 270 männlichen, 155 weiblichen und 38 jugendlichen Arbeitern beteiligt.

#### Aus der Holzindustrie.

##### Ein Haushaltungsbudget.

Seit einer Reihe von Jahren veröffentlicht ein Mitglied unseres Verbandes in München regelmäßig eine Übersicht über seine Einnahmen und Ausgaben im abgelaufenen Jahre in der "Münchener Post". Auch diesmal hat er sich wieder rechtzeitig eingestellt und das genannte Blatt bringt seine Zeitschrift in der Nummer vom 5. Januar. Einleitend spricht unser Kollege von Personen, die in Unkenntnis der Verhältnisse, in der Sozialdemokratie die Urteile seien, die uns unzufrieden macht mit unserer geplanten Errichtung. Es fährt dann fort:

"Wenn ich diesen Personen meine Jahresbudgets zeige, dann fragen sie mich verwundert, wie es mir nur möglich sei, mit diesen Beiträgen mit der ganzen Familie auszukommen? Und doch muß ich auch heute wieder sagen, daß ich noch zu den verhältnismäßig gut gestellten Arbeitern zähle. Ich kenne nur wenige Kollegen und Klassengenossen, die einen besseren Verdienst haben, viele aber, die ein weit geringeres Einkommen haben wie ich. Sogar während einer Krankheit war ich, bis jetzt wenigstens, noch immer besser davor als viele gesunde Arbeiter. Mit dem Krankengeld der gesetzlichen Versicherung 2,25 Pf. solange ich daheim war, oder 1,125 Pf. im Tage, die die Familie erhielt, als ich im Krankenhaus lag, hatte die Frau mit den Kindern allerdings bestens gehen müssen, unsere Hilfsskate und auch der Holzarbeiterverband haben mir aber, wie die Abrechnung zeigt, so viel Zusatz gewährt, daß wir vor großer Not bewahrt blieben."

Der Abrechnung folge ich in Mammern zum Vergleich die entsprechenden Zahlen des Vorjahres bei.

Im Jahre 1912 habe ich für 210 (297) Arbeitsstunden einen Verdienst von 140,70 Pf. (128,50 Pf.), Einnahmen durch kleine Gelegenheitsarbeiten von mir und der Fa. 80,37 Pf. (164,28 Pf.), Krankengeld von der O.-K.-K. 105,00 Pf. (88,75 Pf.), Krankengeld von der Krankenunterstützungs- und Sterbelagere der Schreiner 187,20 Pf. (37,50 Pf.), vom Deutschen Holzarbeiterverband einschließlich 7 Pf. Wohlachtunterstützung 87,86 Pf. (77,35 Pf.), vom Konsumverein Sendling-München,pende 1911, einschließlich 18 Pf. Notfallunterstützung 52,95 Pf. (65,10 Pf.). Gesamt einnahmen 1900 Pf. (1655,54 Pf.)

Als Ausgaben für die ganze Familie, zwei Erwachsene und fünf Kinder, das älteste 9 Jahre alt; für Lebensmittel 107,05 Pf. (95,80 Pf.), Wohnung 277,50 Pf. (208 Pf.), Kleidung, Schuhe, Reinigung 168,80 Pf. (60 Mark), Heizung und Licht 76,24 Pf. (88,81 Pf.), Matratze und Geschirre 15,52 Pf. (10,71 Pf.), Werkzeuge und Werkstoffmaterial 18,07 Pf. (4,81 Pf.), Eisen- und Stahlbahn, Porto und Schreibmaterial 25,58 Pf. (88,48 Pf.) gesetzliche und freiwillige Krankenversicherung und Steuer sowie durch Krankheit in der Familie verursachte Ausgaben 108,35 Pf. (134,28 Pf.), Organisation einschließlich Rückstände vom Vorjahr 57,50 Pf. (41,65 Pf.), Zeitungen (Münchener Post) und Freier Arbeiter-Schulmittel, Bildung und Erholung 44,85 Pf. (21,43 Pf.) verschiedene kleine Ausgaben, Unterstützungen und Zahlung von Spenden 61,87 Pf. (21,78 Pf.). Gesamtausgaben 1908 Pf. (1640,20 Pf.).

Für Lebensmittel gab ich täglich im Jahresdurchschnitt 2,02 Pf. (2,65 Pf.). Darauf treffen auf Brot 70 Pf. (64 Pf.), Fleisch und Hering 40 Pf. (42 Pf.), Milch 57 Pf. (57 Pf.), Butter, Käse, Fett 27 Pf. (22 Pf.), Obst und Gemüse 20 Pf. (19 Pf.), Süßfrüchte- und Suppenzutaten 11 Pf. (9 Pf.), Zucker, Kakao, Kaffee 28 Pf. (20 Pf.), Brot (in die Wohnung geholt) 7 Pf. (7 Pf.), Haushaltstab 2 Pf. (2 Pf.). Der Rest entfällt auf Lebens- und Genussmittel während der Arbeitspausen, wenn ich mittags nicht hingehen kann, bei Versammlungen und Ausflügen mit Kindern.

Das Jahr 1912 war, wie der Vergleich zeigt, für mein Budget günstiger wie seine Vorgänger, und doch mußte auch dieses mal manchen gewiß nicht übertragenen Wohlstand ertragen. Ich konnte z. B. noch nicht die Mittel überbringen zu einer Reise in die Heimat, zum Besuch der alten Mutter, die sich danach sehnt, meine Kinder, die einzigen Enkel, wenigstens einmal in ihrem Leben zu sehen.

Auch meine Haushaltungsrechnung für 1912 scheiterte zu bleiben, zunächst unseren wirtschaftlichen Organisationen, der Gewerkschaft, die uns höheren Lohn erwarb und unserem Konsumverein, der uns billigere Lebensmittel verschafft und der seinen oder richtiger gesetzlichen Angestellten und Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen gewahrt, als wir sie uns selbst bisher erringen konnten.

el. Die deutschen Korbmacher und der Schuhzoll, der "Holzarbeiter", das Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, regt sich darüber auf, daß die am 1. Dezember in Coburg stattfindende Konferenz der Korbmacher abgelehnt hat, an der Verarbeitung zugunsten einer Erhöhung des Einfuhrzolls auf Korbwaren sich zu beteiligen. Was das christliche Blatt sich als Güter der Interessen der deutschen Korbmacher ausspielen will, darf es zunächst vielleicht sein, daß es sich über die in genanntem Beruf veraltenden Verhältnisse eingehalten informiert. Sei, wenn es zuträfe, daß bei Erledigung dieser Frage tatsächlich das Prinzip ausgeschlagen war, brauchen sich die Vertreter der deutschen Korbmacher dieses Beschlusses nicht schämen. Doch darüber wollen wir auch an dieser Stelle nicht streiten, sondern zur Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse nur einige Zahlen anführen.

Die gesamte Einfuhr von Korbwaren nach Deutschland betrug im Jahre 1910 8507 Doppelzentner, was einen Wert von rund 723 000 Pf. entspricht. Im Jahre 1911 war diese Ziffer auf 9320 Doppelzentner bzw. 792 000 Pf. gestiegen. Betrachtet man demgegenüber die heimische Produktion an Korbwaren — die doch mindestens auf bis 35 Millionen Mark zu veranschlagen ist —, so erscheint die Einfuhr solcher Artikel außerst gering. Vor einer Konkurrenz, die nur kaum den vierzigsten Teil eigenen Produktion ausmacht, brauchen sich auch die deutschen Korbmacher nicht zu fürchten. Nun ist auf der Konferenz schon darauf hingewiesen worden, daß bei Erhöhung des Einfuhrzolls die Gefahr ebenfalls zu Repressalien greift. Und diese Gefahr ist nicht wegzudenken. Wieweit aber derartige Maßnahmen eine Schädigung der Industrie zur Folge haben würden, läßt sich ungefähr an der Tafel ermesseln, die die Ausfuhr an Korbwaren im Jahre 1910 4 984 000 Pf. und im folgenden Jahre 4 910 000 Pf. betrug. Also jedem so stark als an der Einfuhr ist die Korbmacher der Einfuhr beteiligt.

Angesichts dieser Zahlen wird jeder denkende Mensch geben müssen, daß die Delegierten in Coburg in dieser Sache den einzigen richtigen Beschuß gesetzt und somit Interessen ihrer Auftraggeber am besten gewahrt haben. Der ungarländische Holzarbeiterverband hielt in Weihnachtswoche 1912 seine Generalversammlung ab. Besonders daran lagte die sogenannte "freie Organisation" der, die Ausbringung der Mittel für die Lohnkämpfe liegt, da der Verband mit Rücksicht auf die Geschäftsführung diese Tätigkeit offiziell nicht ausüben darf. Es ist doch selbstverständlich, daß die Kollegen dort neben dem Verband auch die Beiträge an die freie Organisation leisten. Österreich gilt das gleiche für den "Dispositionsfond". Der ungarländische Verbandstag hat nun z. B. eine Änderung in den Unterstützungsseinrichtungen vorgenommen. Neu eingeführt wurde eine Umzugssunterstützung, die bei mindestens 20 Kilometer Entfernung gewährt wird und je nach der Mitgliedschaftsdauer 20 bis 40 Pf. beträgt. Die Reiseunterstützung erhält eine Erhöhung täglich 1 Krone auf 1,50 Kr., bzw. 1,50 auf 2 Kr. längerer Mitgliedschaftsdauer. Die Einführung der Krankenunterstützung wurde für dieses noch abgelehnt, da die zurzeit ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse

spredende Beltragserhöhung nicht geraten erscheinen. Eine Erhöhung fanden auch die Fächer der Streitverhandlung, und zwar von 8 auf 10 für wöchentlich für beide und von 10 auf 12 für die Belegschaft. Ferner der Unterstützungsanspruch fünfzig bereits mit dem 1. Tage der ersten Streitwoche beginnen.

Ein Geldschranksnader hat in dem Verbandsbüro der Bahnhofstraße W e r m e r haben seine Rücksicht versucht, was nach Berücksichtigung der Zeitschriften in das Land eingestiegen und hat dann versucht, den Geldschrankschluß, das er durch das Schlossloch in das Schloß stieß, zu sprengen. Obwohl die Explosion starke Wirkung zeigte, waren doch Schloß und Tür stark genug, um den Druck auszuhalten. Ein Versuch, mit einem Brechzahn oder sonstigem Instrument die Tür aufzubrechen, glichfalls misslungen. Der Spitzbube hatte sich eine Art ausgefertigt, vor der die Belegschaftsleiter das Geldschrankschluß abgeliefert hatten. Dieses Kommando mag allen Bahnhofstellen eine Mahnung sein, nötige Vorsicht bei der Bewachung der Gelder nicht zu aufzulassen.

## Gewerkschaftliches.

Die Entwicklung der Gewerkschaften hat im Jahre 1912 zu einer weiteren Konzentration geführt. Im Laufe des Jahres schlossen sich die Zigaretten- und Tabakarbeiter zusammen und die Schmiede an die Metallarbeiter an, wobei mit Fahrschulz die Lagerhalter im Verbund der Bildungsgehilfen aufgingen. Die freien Gewerkschaften also das Jahr mit einem Bestande von 60 Centralvänden begonnen, gegenüber 55 vor 2 Jahren. Nach der vorläufigen Zusammenstellung der "Correspondenz der Generalversammlung" kam der Mitgliederverband der Zentralverbände (einschließlich der früher vereinigten Landarbeiter und Hausangestellten) am 1. Oktober 1912 auf rund 2% Mindestens angenommenen Betrag, den 1. Oktober 1912, für den die meisten Arbeitsabrechnungen vorlagen, ergab sich rechnerisch ein Mitgliederbestand von 2.000.000, was gegenüber dem Zeitpunkt des Vorjahres eine Zunahme von 756 Mitgliedern oder 8,3% Proz. bedeutet. Das ist allerdings etwas weniger als im Vorjahr, das für die Zeit einen Gewinn von 300.000 Mitgliedern oder 10 Proz. verbunden hätte.

Von den im dritten Vierteljahr vorhandenen 51 Gewerkschaften hatten 41 einen Anwachs an Mitgliedern, dabei stehen die Transportarbeiter mit 35.700 obenan, Metallarbeiter folgen mit 35.200, die Bauarbeiter mit 30. Die Fabrikarbeiter gewannen 20.700, der Holzarbeiterverband 14.800 und die Textilarbeiter 13.700 Mitglieder. Die bei 10 Verbänden eingetretenen Verluste sind deutlich und betragen insgesamt nur 4200 Mitglieder. Das "Correspondenzblatt" führt den gegen 1911 etwas abweichen den Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisationen auf die Minderbeschäftigung in der deutschen Industrie zurück. Die Beschäftigtenziffer, die in den ersten Monaten des Jahres 1911 eine Steigerung um 1 Prozent aufwies, stieg im gleichen Zeitraum 1912 um 6,6 Proz. Die gleiche Entwicklung zeigte auch Eindringen von Arbeitslosen an den Arbeitsnachweisen, bis zum August 1912 fast durchweg erheblich stärker in den gleichen Monaten des Vorjahres war. Seit Oktober 1912 stieg zwar das Angebot an Arbeitskräften unermäßig erheblich, blieb aber trotzdem bedeutend unter von 1911. Man darf deshalb hoffen, daß diese tige Wendung später auch in den heutigen noch nicht reichenden Jahresschluszzahlen der Gewerkschaften einen günstigeren Ausdruck finden wird, als die Voraus- sicht erhofft ließ. Jedoch legt uns aber das schon vorliegende Zahlenergebnis die dringendste Aufsicht zu eifriger Werbearbeit auf, denn es ist sicherlich nicht befriedigend, wenn die Gewerkschaften ebenfalls nur um wenigstens mehr zunehmen, als die Beschäftigtenziffer selbst.

Ein christlicher „Centralverband der Land-, Forst- und Bergarbeiter“ ist am 1. Januar als Konkurrenzorganisation des Landarbeiterverbandes ins Leben getreten. Hauptaufgabe der neuen Organisation besteht, wie die christlichen Gewerkschaften überhaupt, in der Führung eines Kämpfens gegen die Sozialdemokratie. Durch sie aus anderen christlichen Gewerkschaften sollen dem Band bereits mehr als 3500 Mitglieder zugeschlossen sein. Wertvollster an dieser Gründung ist der Umstand, daß Vorsitzenden des Verbandes der berühmte christliche Abgeordnete B e h e n s ernannt wurde. Behrens war früher Gartner und fungierte etwa 8 Jahre als Generalsekretär des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter. Als Renommier-Evangelischer spielte er von jeher den unter päpstlichem Oberbefehl stehenden christlichen Gewerkschaften eine eigenartige Rolle. Welch bessere Gründe ihn veranlaßten, den Bergarbeitern Valettagen, um den neuen christlichen Landarbeiterverband seiner Führung zu beglücken, entzieht sich unserer Kenntnis.

## Eingesandt.

### Zur Bürstenmacherkonferenz.

Auf die Anregung betreffs Abhaltung einer Branchenkonferenz haben sich etlichen Weise die Kollegen in den niederen Gegenen Deutschlands in zustimmendem Maße geäußert und die Notwendigkeit derselben anerkannt. Dass ja nicht alles Heil von solcher Konferenz zu erwarten sei, war den Kollegen bewußt, aber jedenfalls eine ergiebige Aussprache und Beratung von großem Nutzen für unsere Branche. Die Agitation unter den Zulieferern, die Satzung eines Minimalltariffs, welcher allein Lohnbewegungen als Grundlage zu dienen hat, Anstalts- und Gefängnisarbeit, unsere Berufsschulen, die fortwährende Verschlechterung unserer Dienstleistungen durch die Spezialisierung und Meisterarbeit und dadurch bedingte Heranziehung ungünstiger Kräfte als Zulieferer, die Regelung der Arbeitszeit, Abwendung von Kost- und Logis beim Meister, fortwährende Zunahme der Frauenarbeit, Belegschafts- und Centralarbeitsnachweis u. a. m. bilden gegenwärtig Beratungsstoff, welcher von äußerst großer Wichtig-

keit ist und die Branchenkonferenz geboten erscheint. In Betreff der Satzung ist die Ausbildung befähigter Kollegen nötig, und zwar sind diese Agitatoren zu veranlassen, in den wirtschaftlich stützenden Gremien Arbeit zu nehmen und dort die Ausklärung zu bewirken. Natürlich müsste diesen Berufskollegen die Differenz zwischen dem bisherigen und jüngsten Verdienst aus Verbandsmitteln gezahlt werden. Dann müsste unter allen Umständen sowohl auf die Bildung von Sektionen oder Bezirkssktionen großes Gewicht gelegt werden, da dadurch das Verbandsinteresse bedeutend gestärkt wird. Aus diesem Grunde, sowie zur Betreibung einer intensiven Agitation wurde für die Kollegen in Weinheim, Helsberg und Worms eine Bezirksleitung errichtet, welche für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt. Ein gutes Omen war die am 8. Dezember in Weinheim abgehaltene erste Bezirkssitzung, welche von fast allen organisierten Kollegen der drei Orte besucht war und auf der durch einen Berufskollegen ein längerer Vortrag über die Lage in der Bürstenindustrie gehalten wurde. Dann müsste seitens der Taus- und Lokalvorsstände mehr zur Agitation unter den Bürstenmachern getan werden, denn die leichte Statistik über die Branchenzugehörigkeit in den einzelnen Gauen gelang geradezu beschämende Tatsachen. Die Schaffung eines Minimalltarifs ist deshalb nötig, damit wir allmählich nach und nach in der Branche die Löhne kommen, die eine Unterernährung ausschließen und uns Arbeitszeiten schaffen, die uns als Menschen führen lassen. Auch gegen das leider noch sehr übliche Unwesen „Kost und Logis beim Arbeitgeber“, welches mit einem Grund ist, daß so viele Kollegen durch die absolute Abhängigkeit dem Verband fernbleiben, muß energisch Front gemacht werden. Die Branchenkonferenz hat also eine vollständig geeignete und wichtige Tagesordnung zur Beratung.

## Litterarisches.

Die nachgeführten Werte können auch durch die Beratungsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedländerstr. 2, bezogen werden.

**Geschichte des Sozialismus in England.** Von W. Veer. Verlag von J. G. W. Dieb Nachf. in Stuttgart. XII und 612 Seiten Großformat. Preis broschiert 6,50 M., gebunden 7,50 M. Erster Teil. Wirtschaftliche Revolution, Sozialkritik und Sozialismus. Von 1750 bis 1824. Zweiter Teil. Die Periode des Charismus. Von 1825 bis 1854. Dritter Teil. Die neueste Periode. Von 1855 bis 1912.

Der Verfasser schreibt im Vorwort unter anderem: Das vorliegende Buch will eine zusammenhängende Geschichte des sozialistischen Denkens und Strebens sowie der politischen Arbeiterbewegung Großbritanniens seit ungefähr 1750 bis Ende 1912 geben. Es ist sowohl für Arbeiter wie für soziologische Fachleute geschrieben. Ich war deshalb bestrebt, einerseits vollständig und klar zu schreiben und vom Leser wenig vorauszusagen, andererseits auf Grund erheblicher Quellenforschungen Neues zu bieten, wichtiges und schwer zugängliche Dokumente wenigstens bruchstückweise zu reproduzieren, ökonomische und sozialphilosophische Gedankenkreise zu berühren oder anzudeuten, die auf das wissenschaftliche Denken anregend wirken dürften. Es war nicht leicht, dieser Doppelauflage gerecht zu werden und die Symmetrie des Buches zu wahren. Es kostete jedoch, daß die Lösung nicht möglich ist. Der beruhende Arbeiter dürfte in diesem Buch nur auf wenige Stellen stoßen, die über sein Verständnis hinausgehen, vorausgesehnt, daß er Kapitel für Kapitel liest, wenn sie sind so gehalten, daß sie methodisch von einem zum anderen überleiten. Gleichwohl dürfte der Nachmann eine weniger lädierte Einsicht in die sozial-theoretischen Probleme Großbritanniens der letzten hundertfünfzig Jahre gewinnen als aus anderen Schriften über denselben Gegenstand.

**Wie die Wetter schlagen.** Ein Kulturbild aus dem Ruhrrevier. Von Georg Werner. Verlag des Deutschen Steigerverbandes, Essen. Preis 10 Pf.

Die Broschüre will zeigen, wie die Grubenbesitzer des Ruhrreviers mit den Steigern und den Arbeitern umspringen; wie die Gefahren der Tiefe erhöht und Unfälle herbeigeschafft werden.

## Central-Kranken- und Sterbefälle der Töchter. (kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.)

Den Ortsverwaltungen zur Nachricht, daß die neuen Plakate sowie ein Brücklular, letzteres betr. den § 10 unserer Satzung, an alle Orte verordnet sind. Sollten die Orte nicht in den Besitz gelangt sein, bitten wir sofort zu reklamieren. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß Beitragszettel aus dem Jahre 1912 für die Notstandsasse nicht mehr angenommen werden. Ab 1. Januar d. J. können nur diejenigen Mitglieder betreten, welche das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Eintretende Todesfälle für die Notstandsasse sind uns sofort zu melden mit Belehrung der Karte und dem Nachweis des Todes, damit die Unterstützung vom Vorstande genehmigt und protokolliert werden kann.

Der Vorstand. J. A. G. Blume, Vor.

## Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1912.

Gau	Gesamt betrieb ende Gesamt arbeits- lose P. %	Arbeitslose am Orte	Unterstützung haben erhalten						Betr. gesam- ten Vor- quartal							
			vom vorher- gegangen Quartal	Zugang diesem Quartal	Gesamt- zahl	am letzen Tage d. Quartal	Durchschnitt am letzten Tage des Quartals	Arbeitslose am Orte	Arbeitslose auf der Reise							
Danzig . . . .	40	4789	25	770	795	448	3	888	4959	6520	84	196	381	354	84	—
Stettin . . . .	45	4077	23	502	525	199	5	157	1578	2587	97	788	1108	987	92	—
Breslau . . . .	46	8781	78	1048	1126	572	16	617	8830	14872	88	630	999	820	92	—
Berlin . . . .	93	39050	1776	14178	15954	4191	21	5126	84790	156606	68	1487	2578	2848	84	—
Dresden . . . .	54	10883	161	2292	2448	1346	15	627	6981	12650	84	876	1806	1112	68	—
Leipzig . . . .	62	19618	243	2844	2502	644	31	961	12792	22072	76	1174	1762	1565	83	—
Erftstadt . . . .	77	7384	89	540	579	341	2	201	2470	8087	98	716	960	802	88	—
Magdeburg . . . .	87	7400	64	881	925	281	22	561	6389	10209	58	1208	1788	1615	49	—
Hamburg . . . .	67	20340	1056	5155	6211	1504	75	2511	36250	72666	68	2738	4703	4806	89	—
Hannover . . . .	46	10711	168	1155	1828	466	35	570	7847	14879	88	1841	2894	2698	59	—
Düsseldorf . . . .	60	10988	69	1071	1140	816	44	660	5917	11040	49	2251	3497	3167	79	—
Frankfurt . . . .	62	12111	185	1546	1731	502	13	798	11628	18662	85	1824	2689	2412	87	—
Nürnberg . . . .	53	12281	194	1792	1986	1261	12	779	10274	18146	37	793	1866	1188	66	—
München . . . .	41	7199	160	1564	1724	458	17	599	8515	17140	66	948	1752	1722	25	1
Stuttgart . . . .	91	18300	57	1020	1077	600	8	401	5121	8263	96	1562	2667	2416	12	—
Haupstadt . . . .	—	448	3	12	15	5	—	2	17	19	95	80	65	57	45	—
4. Quartal 1912	874	194760	4296	35850	40146	18117	319	14828	213558	388801	62	19005	30493	27558	66	1
3. " 1912	874	194315	4949	50893	35752	4296	277	9784	113291	209493	24	24423	40616	37081	22	—
2. " 1912	876	190194	4990	28895	38553	4949	291	11102	167569	314902	69	25381	49185	83362	90	1
1. " 1912	872	187781	8406	30000	38496	4890	124									

